

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Postvierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. • Platzverträge ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße Nr. 65. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegrammadresse: Arbeiterverband Bochum.

Mehr Gemeinwirtschaft!

Bessere Selbstkostenkontrolle. — Internationale Verständigung.

Die Festsitzung des Reichskohlenrats am 10. April nahm den Geschäftsbericht entgegen. Dieser, vom Geschäftsführer Bergbauhauptmann Bennhold erstattete Bericht führte zu lebhaften Auseinandersetzungen über Fragen der Rentabilität, der Selbstkosten, der internationalen Kohlenregelung usw. In dem Bericht war verschiedentlich eine bemerkenswerte Einseitigkeit festzustellen. Wir greifen einige Punkte heraus, den Bericht selbst geben wir in den nächsten Nummern der „Bergbau-Industrie“ wieder. Herr Bennhold benutzte Argumente aus der Denkschrift des Bergbaulichen Vereins, sprach zwar von dem Echo dieser Denkschrift, hielt es aber nicht für nötig, auch die Gegengründe der Arbeiterorganisationen zu besprechen. Gegen die Forderungen der Konsumgenossenschaften auf ausreichende Belieferung mit Braunkohlenbrütetts nahm er ziemlich unverblümt im Interesse des Kohlenhandels Stellung. Bei Erwähnung der Tatsache, daß die Bergarbeiterverbände bei den kürzlichen Besprechungen im Ministerium eine Untersuchungskommission ablehnten, vergaß er zu erwähnen, daß nicht die Untersuchung abgelehnt, sondern verlangt wurde, daß diese Untersuchung dauernd durch das zuständige Organ, den Reichskohlenrat, erfolgen solle. Eine solche Einstellung konnte nicht unbesprochen bleiben, da der Reichskohlenrat nicht ein Organ der Unternehmer, sondern ein Organ der Gemeinwirtschaft ist. Unsere Kameraden nahmen denn auch Veranlassung, zu den aufgeworfenen Fragen in eindeutiger Weise Stellung zu nehmen, wußte Herr Herbig vom Kohlenyndikat den Standpunkt der Unternehmer vertrat.

Kamerad Martmüller führte aus: Es wäre Pflicht des Geschäftsführers gewesen, bei den verschiedenen Fragen auch die Gründe der Arbeitnehmer wenigstens referierend wiederzugeben.

Die Lage des Ruhrbergbaues ist nicht katastrophal schlecht.

Die Lohnerhöhung vom Mai 1928 wurde durch Erhöhung des Schichtförderanteils und Besserung der Erlöse ausgeglichen. Finanziell gesehen, ist die Lage des Ruhrbergbaues wesentlich besser als vor einem Jahre. Herr Bennhold bezog sich auf Ausführungen des preussischen Handelsministers. Diese waren aber sehr einseitig, sie erwähnten u. a. bezüglich der Aktiengesellschaft Westinghausen nur die Abschreibungen, nicht aber die großen Rückstellungen. Von den vielen hundert Millionen Mark, die im Ruhrbergbau in den letzten Jahren für Neuanlagen verwendet wurden, stammt ein großer Teil aus Betriebsmitteln. Geringe Dividende ist nicht immer ein Beweis für Unrentabilität. Leider ist das Geschäftsgebaren unserer Industrie so undurchsichtig wie möglich. Seit Herr Silberberg Vorsitzender des Aufsichtsrats der Harpener Bergbau-A.G. ist, sind die Geschäftsberichte außerordentlich undurchsichtig. Das läßt ohne weiteres die Vermutung aus, daß es hier etwas zu verbergen gibt. Im Gegensatz dazu gibt der Anleiheprospekt der Gesellschaft ein überaus glänzendes Bild von der Lage der Werke. Das letztere dürfte auch zutreffen, weil amerikanische Finanzleute, die 10 Millionen Dollar hergeben sollen, die Lage der Werke genau geprüft haben.

In Verantwortung der Denkschrift des Bergbaulichen Vereins hat der Verband der Bergbauindustriearbeiter Ergebnisse seiner Untersuchungen veröffentlicht, die Herr Bennhold leider übergibt.

Danach hat der Ruhrbergbau ohne Abschreibungen für den Grubenbetrieb fast 4 M. pro Tonne verdient!

Wenn an der Ruhr im letzten Jahre auch 33 000 Bergleute entlassen wurden, so kann man doch nicht, wie Herr Bennhold es tat, von einem Absterben des Ruhrbergbaues sprechen. An Stelle der stillgelegten Becken sind andere leistungsfähigere Werke entstanden oder die Produktion ist auf solche Werke übergegangen. So wurde zum Beispiel Rheinstahl I stillgelegt, in nächster Nähe aber teuft Thyssen einen Schacht ab, der in fünf Jahren eine Förderleistung von täglich 7000 Tonnen haben soll.

Die Ueberkapazität im Bergbau (größere Anlagen als wirtschaftlich notwendig) ist nicht mehr zu bestreiten. Dadurch sind in großem Umfang unnötige Mittel festgelegt, die durch die geringere Produktion verzinst und getilgt werden müssen. Aufgabe des Reichskohlenrats müßte es sein, diese Verhältnisse einwandfrei darzustellen, damit entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden könnten. Der Geschäftsführer hat zwar erwähnt, daß die Gewerkschaften bei den jüngsten Verhandlungen im Ministerium eine paritätische Untersuchungskommission ablehnten. Er hätte aber auch hinzufügen müssen, daß die Gewerkschaften ausdrücklich erklärten, sie seien nicht gegen eine solche Untersuchung, sondern verlangten sie im Gegenteil d a u e r n d, aber durch das zuständige Organ, den Reichskohlenrat. Gerade die jüngste Entwicklung im Ruhrbergbau macht solche dauernde Untersuchungen notwendig. Wenn ohne Rücksicht auf die Abhängigkeit unnötig große Mittel in Neuanlagen gesteckt werden, so ist das keine Privatangelegenheit, sondern eine öffentliche Angelegenheit, mit der sich das Organ der Kohlenindustriearbeiter beschäftigen muß.

Herr von Belsen glaubte den preussischen Handelsminister entschuldigen zu müssen. Wenn er die Rückstellungen nicht besonders erwähnt habe, so sei zu berücksichtigen, daß Abschreibungen und Rückstellungen zusammen noch zu gering seien.

Kollege Salbfeld führte aus: Es ist falsch, immer bestmögliche Magelieder über den Ruhrbergbau zu singen. Es ist doch unflug, denn an eine katastrophal schlechte Lage des Ruhrbergbaues glaubt keiner mehr. Der Ruhrbergbau stirbt auch nicht, er wie andere Betriebe sind in erheblichen Aufschwüngen begriffen.

Ueberkapazität ist nicht nur im Grubenbetrieb, sondern auch im Kohleerweisen vorhanden.

Natürlich müßten alte Kohlereien modernisiert werden. In den übertriebenen Kohlereianlagen kommt aber auch ein Stück Kampf um die Quote zum Ausdruck. Wenn es einige Male nicht möglich war, plötzlich auftretende größere Nachfrage zu befriedigen, so ist das kein Beweis dafür, daß übergroße Anlagen notwendig sind. Man vermischt im Geschäftsbericht auch ein Eingehen auf die Sortenfrage. Früher war der große Anfall von Feintohle eine arge Belastung, durch die Fortschritte der Produktionstechnik, die Gasföhrerzeugung usw. ist das fast ins Gegenteil verkehrt worden. Solche Erfolge müssen sich doch aber auch finanziell auswirken. Es ist sehr bedauerlich, daß der Geschäftsführer die Vorschläge der Gewerkschaften für eine größere Aktivität des Reichskohlenrats stillschweigend übergibt, während es doch seine Pflicht wäre, selbst für eine

größere Aktivität dieses Gemeinwirtschaftsörpers zu sorgen.

Schulze (Vertreter der Konsumgenossenschaften) wandte sich gegen Bennhold, der in seinem Bericht ausgeführt habe, daß die Forderung der Konsumgenossenschaften nach größerer Belieferung mit Steinkohlenbrütetts nicht hätte erfüllt werden können, wollte man nicht die „hergebrachten Belange des alten angestammten freien Kohlenhandels“ noch mehr schmälern. Schulze fragte mit Recht, ob denn die neun Werkschmelzgesellschaften im Ostelbischen Syndikat alter angestammter freier Kohlenhandel seien, dessen Belange die Zurücksetzung der Konsumenten rechtfertige. Auch nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz solle der genossenschaftliche Gedanke gefördert werden, deshalb sei die Zurücksetzung der Genossenschaften unhaltbar.

Herr Herbig vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat bemühte sich, in anscheinend versöhnlicher Weise auseinanderzusetzen, daß die Unternehmer in allen Fragen Recht hätten, daß aber die Anschauungen der Unternehmer und der Arbeiter doch nicht gar so weit voneinander entfernt seien. Die vom Verband der Bergbauindustriearbeiter angegebene Gewinnziffer von 4 M. pro Tonne sei sehr übertrieben. Man dürfe nicht von einzelnen Monaten ausgehen, sondern von längeren Perioden, etwa vom Mai 1928 bis einschließlich Dezember. Die Besserung im Ruhrbergbau seit der Zeit des Schmalenbach-Gutachten sei nur sehr gering. Die Kälteperiode habe sich zwar günstig ausgewirkt, mache aber, auf das ganze Jahr gesehen, doch nur sehr wenig aus. Im Februar sei der Auslandsverkauf um 1 Million Tonnen zurückgegangen, das mache 60 bis 80 Pf. auf die Tonne Gesamtabsatz aus. Der starke Viechlofsanfall sei ebenfalls mit 60 bis 80 Pf. in Ansatz zu bringen.

Bei der Frage der Ueberkapazität müsse man berücksichtigen, daß eine plötzliche Einstellung auf höhere Produktion nicht möglich sei. Sie erfordere Schachtbauten, die zehn Jahre dauerten, Errichtung von Arbeiterwohnungen, Flüssigmachen von großen Geldmitteln usw. Die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Werke werde überschätzt. Was die Werke 1926 unter Einwirkung des englischen Kampfes geleistet hätten, das sei die wahre damalige Kapazität gewesen. Die deutsche Maschinenindustrie nutze 70 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit aus, habe also eine um 50 Prozent größere Kapazität. Nach dem Kriege hätten die Gewerkschaften das Absterben neuer Schächte verlangt, einige Jahre später dagegen ein Absterbeverbot. Kohlereien seien nicht zu viel gebaut, in der Kälteperiode hätte man trotz der Neubauten und trotz Zuzugelassen alter Kohlereien nicht genügend liefern können, wenn man nicht 800 000 To. hätte vom Lager nehmen können.

Ueberall in der Welt sehe man Steigerung der Kohlenförderung. Da könne Deutschland nicht zurückbleiben. In der Absatzpolitik gäbe es zwei Meinungen: die eine lege mehr Gewicht auf gute Bezahlung der Bergleute, als auf die Zahl der Beschäftigten, während die andere Seite möglichst viel Bergleute beschäftigen wolle. Bei dem allgemeinen Wettstreit in der internationalen Kohlenindustrie könne die deutsche Kohlenwirtschaft nicht die Waffen strecken.

Kamerad Dr. Berger führte aus: Die Berliner Verhandlungen waren ergebnislos, weil die Unternehmer keine nachprüfbar Zahlen vorlegten. Herr Herbig sagt selbst nicht klar, daß die Zahlen, die unser Verband veröffentlichte, falsch seien. Man kann natürlich sagen, ja, sondern viel ist für Abschreibungen erforderlich, dann bleibt nichts mehr übrig. Unser Verband hat auch Durchschnitte für längere Perioden gegeben, wie sie ja für einzelne Kohlenelemente auch in den Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums vorhanden sind. Auch der Durchschnitt vom Mai bis Dezember 1926 würde ungefähr dieselben Zahlen ergeben, wie wir sie veröffentlicht haben. Jedenfalls hätte Herr Bennhold in seinem Bericht auch den Standpunkt der Arbeiterorganisationen wenigstens referierend wiedergeben müssen.

Die zweifellos vorhandene Ueberkapazität im Ruhrbergbau belastet durch Abschreibungen und Tilgung der Anlagelosten die gesamte Produktion. Die Beteiligung beim Kohlenyndikat beträgt 165 Mill. To. gegenüber einer Förderung von 114 Mill. To. Bei der europäischen Kohlenlage ist nicht daran zu denken, daß wir an diese 165 Mill. To. herankommen könnten, deshalb sollte eine bessere Anpassung von Neuanlagen an die evtl. mögliche Produktion erfolgen.

Im vorigen Jahre war die Unterhaltung über internationale Kohlenverständigung noch eine Debatte über das Prinzip, heute ist sie schon eine Frage über die Form der zu schaffenden Einrichtung. Wenn der Geschäftsführer, Herr Bennhold, gegen den Vorschlag, in das Internationale Kohlenamt auch Verbraucher und Regierungen hinzuzuziehen, Bedenken hat, so erörtere das

einigermassen verwunderlich. Im Reichskohlenrat haben wir mit dieser Zusammensetzung ganz gute Erfahrungen gemacht. (Herr Bennhold sprach auch von den Arbeiteranschlägen in Genf unter Führung des englischen Vertreters Prof. Lawney. Hierbei handelte es sich bekanntlich um die Vorschläge unserer Bergarbeiterinternationale, wozu Prof. Lawney erster Sprecher vor dem Sachverständigenausschuß in Genf war. Die Red.) Die Vereinfachung der Arbeitsbedingungen spielt bei der Frage der internationalen Verständigung eine große Rolle. Hierzu sind die Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamts außerordentlich lehrreich. Sie bringen zum ersten Mal einen Vergleich der Reallohne im Bergbau auf Grund von Lebensmittellösungen. Danach betrug der deutsche Reallohn 1926 nur 58 Prozent des englischen.

Wenn nun auch die Löhne in verschiedenen englischen Revieren gesunken und wenn sie auch in Deutschland gestiegen sind, so dürfte doch der Vorprung immer noch bei den Engländern sein. Bezüglich internationaler Marktfragen sind die Verhältnisse auch in England schon so weit, daß man sich mit diesen Partnern an einen Tisch setzen könnte.

Im englischen Bergbau hat man aber auch keine Angst vor öffentlichen Meinungen über die Selbstkosten

Im Bergbau. Sie erfolgen dort peinlich genau unter Kontrolle bereidigter Vertrauensmänner von beiden Seiten. Wenn wir in Deutschland ähnlich verfahren, hörte der ewige Streit um die Selbstkosten auf. Im Schmalenbach-Gutachten nahm Herr Schmalenbach eine ganz andere Haltung ein, als in seinem Buch über die Bilanzwirtschaft, wo er nicht Zeitwertabschreiber, sondern Buchwertabschreiber ist. Im Ruhrbergbau ist mindestens eine halbe Milliarde in eine ruhende Kapazität hineingesteckt, die angesichts der internationalen Kohlenlage nicht lebendig werden kann. International wollen wir kein Wettläufen oder Wettrennen auf dem Kohlenmarkt auf Kosten der Bergarbeiter, sondern Verständigung.

Kamerad Martmüller: Um zuverlässige Ergebnisse zu erhalten, soll man natürlich größere Zeiträume berücksichtigen. Das ist aber auch von unserem Verbands so weit wie möglich gesehen. Aber auch beim Reichswirtschaftsministerium und im Schmalenbach-Gutachten findet man Ergebnisse aus kürzeren Zeiträumen. In der Denkschrift des Bergbaulichen Vereins ist erfreulicherweise auch nicht mehr so viel von direkten Verlusten die Rede wie früher, sondern mehr von einer Sicherung der Rentabilität. Die Kapazität ist zweifellos zu groß. Wenn wir heute 140 bis 150 Millionen statt 114 fördern müßten, so würde das in sehr kurzer Zeit möglich sein. Wenn Herr Herbig auf die verschiedenen Anträge bezüglich des Schachtbaus und des Absterbeverbots hinwies, so darf nicht vergessen werden, daß nach dem Kriege Kohlennot und 1924-26 Stilllegungen an der Tagesordnung waren. Es dauert auch nicht zehn Jahre, bis ein neuer Schacht förderfähig ist, sondern vielleicht drei bis vier Jahre. Wir wollen kein internationales Wettlaufen in der Kohlenwirtschaft auf Kosten der Arbeitsbedingungen der Bergleute.

Sieger vom Gewerkschaftsrat Gräflicher Bergarbeiter sprach sich bezüglich der Lage des Bergbaues, der Untersuchung über die Selbstkosten usw. in demselben Sinne aus wie unsere Kameraden.

Herr Herbig führte dann noch aus: Die Beteiligungsziffer stellt nicht die Kapazität dar. Eine Zeche kann heute rentabel sein und morgen durch Natureinflüsse oder Lohnerhöhungen unrentabel werden. Bezüglich der internationalen Kohlenlage muß man sagen: Wir wollen nicht ungeschlagen aufgeben, was die anderen durch Steigerung der Förderung in Anspruch nehmen. Wir können und dürfen so viel ausführen, daß die letzte Tonne nach die proportionalen Kosten der Produktion aufbringt. Ueber Taktik und Tempo der internationalen Verständigung kann man verschiedener Meinung sein. Wir betonen die Verhandlungsbereitschaft, wir sind auch verhandlungsfähig. Der Reichskohlenrat hat aber nationale Interessen wahrzunehmen, seine Organisation kann man deshalb nicht ohne weiteres auf internationale Bedingungen übertragen. Der deutsche Bergbau ist am meisten durchleuchtet, in keinem anderen Berufe haben die Arbeiter solchen Einfluß wie hier.

Dr. Berger beendete an Zahlen die außerordentlich niedrigen Abschreibungen in England, die, je nach Revieren, weit unter 1 Pence, 1, 2 oder 2½ Pence betragen. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß dort die Anlagen zum Teil veraltet, zum Teil ohne Wäsche oder Nebenanlagen sind, erscheinen diese Abschreibungsziffern außerordentlich niedrig.

Herr Bennhold suchte im Schlusswort seine Berichterstattung zu entschuldigen. Er habe von dem Echo gesprochen, das die Denkschrift des Bergbaulichen Vereins gefunden habe. Wenn er vom absterbenden Ruhrbergbau gesprochen habe, so habe er damit natürlich nur Teile des Ruhrbergbaues gemeint. Bei internationaler Regelung solle man nicht Kreise, wie die Verbraucher und die Regierungen, beteiligen, die ganz andere Tendenzen hätten. Bezüglich der Genossenschaften müsse er sagen, daß nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz auch der Handel seine Berücksichtigung finden solle.

Die vorstehend geschwürte Auseinandersetzung war nach der Art des Geschäftsberichts notwendig. Sie hat, soweit wir beurteilen konnten, ihren Eindruck auf die Kreise außerhalb der Unternehmer auch nicht verfehlt. Zum Schluß der Sitzung wurden Satzungen über verschiedene Syndikate genehmigt und die Bestimmungen über den Bezug von 15-Tonnen-Ladungen in der alten Form erneuert. Ein Antrag des Kohlenhandels, diesen Bezug nur für eigenen Bedarf zuzulassen, wurde abgelehnt. Ein Antrag, mit dem ersten Vorhaben zu wechseln und diesmal den zweiten Vorsitzenden Imbusch zum ersten Vorsitzenden zu wählen, wurde gegen die Stimmen der Arbeitervertreter abgelehnt, obwohl dieser Wechsel auch dem Reichskohlenrat möglich gewesen wäre.

Lohn und Volksgeundheit.

Das Reichsministerium des Innern hat jetzt eine Uebersicht über die gesundheitslichen Verhältnisse des deutschen Volkes vom Jahre 1927 vorgelegt — und wir können dem Verfasser dieser Arbeit bescheinigen, daß er seinem Optimismus keinerlei Zwang auferlegt hat. Wohl kann die Denkschrift darauf hinweisen, daß einige der großen Volksleiden, zum Beispiel die Tuberkulose, zurückgegangen sind. Wir haben darin die Auswirkungen einer vermehrten sozialpolitischen Fürsorge zu sehen, für die die moderne Arbeiterbewegung seit jeher kämpft. Auch die Unterernährung, seit Kriegsanfang ein fürchterlicher Gast in Deutschland, ist im Berichtsjahre nicht so kraftig in Erscheinung getreten, als zum Beispiel in den Inflationsjahren oder im Jahre der großen Krise 1925/26. Will man hierfür eine Erklärung suchen, dann nur die: das Jahr 1927 war ein beispielloses Hochkonjunkturjahr, in dem die Arbeitslosigkeit überraschend tief sank und mit Hilfe der Gewerkschaften Steigerungen der Realöhne durchgesetzt werden konnten. Ein Erfolg dieser Entwicklung ist die ständige Abnahme der Unterernährung, besonders bei den Kindern. Diesen erfreulichen Tatsachen, die allerdings leider erst für das Jahr 1927 gelten, stehen andere gegenüber, die sehr bedenklich stimmen müssen. Wir meinen damit die Zunahme anderer Volksleiden, vor allem die Zunahme der Nervenkrankungen. Sie steht unauflösbar im Zusammenhang mit der Rationalisierung in unserer Industrie, mit der forcierten Verwertung menschlicher Arbeitskraft, mit dem gesteigerten und vielfach übersteigerten Arbeitstempo und mit den unzureichenden Reallohn, also mit der unzureichenden Beteiligung der Arbeiterschaft an den Rationalisierungserfolgen, einer überhasteten Kapitalbildung usw.

Wie bereits oben bemerkt, bringt die Uebersicht des Reichsinnenministeriums den Nachweis, daß sowohl die Tuberkulosesterblichkeit als auch die Erkrankungsanfälligkeit an Tuberkulose im Jahre 1927 nachgelassen hat. Die alte Proletariatskrankheit erforderte im Freistaat Preußen im Jahre 1927 9,6 Opfer pro 10 000 Lebende gegenüber 10 Sterbefällen im Vorjahre. Im Reich kommen auf 10 000 Lebende 9,8 Sterbefälle. Gebessert haben sich auch die Verhältnisse für das in Deutschland besonders gefährdete Alter zwischen 15 und 29 Jahren. Von dieser Altersgruppe starben pro 10 000 Lebende im Jahre 1913: 16,8, 1920: 19,8. Die Biffer konnte schon im Jahre 1926 auf 12,1 heruntergedrückt werden. In Preußen verringerte sich die Sterblichkeit von 12,7 in 1926 auf 11,9 in 1927. Diese Abnahme der Sterblichkeit an Tuberkulose ist keine Zufallserscheinung, keine Lebensverlängerung der Erkrankten infolge erfolgreicher Krankenbehandlung, sondern alle Dinge sprechen dafür, daß wir es mit einer Abnahme dieser fürchterlichen Seuche zu tun haben.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in München entfielen zum Beispiel im Jahre 1926 auf 100 Krankheitsfälle 2,84 Tuberkuloseerkrankungen, 1927: 1,98; bei den Betriebskrankenkassen des Siemens-Konzerns verringerten sich die Tuberkuloseerkrankungen pro 100 Krankheitsfälle von 5,16 auf 3,56. Auch bei den Trägern der Invalidenversicherung trat zum ersten Male eine Verminderung der Zahl der wegen Tuberkulose Behandelten ein, und zwar von 49 495 in 1926 auf 48 817 in 1927. Mit einer durchschnittlichen Sterblichkeit von 9,8 pro 10 000 Lebende steht Deutschland in der Statistik außergewöhnlich günstig da. In Ungarn entfallen auf 10 000 Lebende 24,2 Tuberkulosesterbefälle, in der Tschechoslowakei 19,6, in Frankreich 15,9, in Italien 15, in der Schweiz 14,5, in Belgien 10,1. Günstiger als Deutschland stehen England mit 9,6, Holland ebenfalls mit 9,6 und Dänemark mit 8,1. Man kann wohl sagen, je besser die Gewerkschaftsbewegung in einem Lande ist und je mehr diese die Sozialpolitik vorwärts-treiben kann, desto besser wird man mit dieser alten Proletariatskrankheit fertig. Damit soll nicht gesagt werden, daß wir in Deutschland Ursache hätten, in der Tuberkulosebekämpfung säumiger zu werden. Der Satz von 9,8 ist noch außergewöhnlich hoch. Der Bericht des Innenministeriums verkennt auch nicht, daß zur Unterdrückung der Tuberkulose vor allem die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse erforderlich ist. An Bauprogrammen in Deutschland sparen zu wollen, heißt, das doppelte und dreifache Geld für die Bekämpfung der Tuberkulose zum Fenster hinauswerfen.

Neu im Bericht des Reichsinnenministeriums ist die Feststellung, daß einige besondere Krankheiten, zum Beispiel die Blutarzt und die Bleichsucht, abgenommen haben. Es ist ungefähr eine Halbierung der Krankheitsfälle während des Jahres 1927 gegenüber dem Vorjahre festzustellen. Der Bericht führt das darauf zurück, daß sich gerade das weibliche Geschlecht seit Jahren natürlicher kleidet und natürlicher bewegt. Der Wegfall des fürchterlichen Korsetts ist also nicht nur eine ästhetische Angelegenheit. Komisch, sogar bedenklich mutet aber auch der Kampf gegen den Frauenpomp an, den rüchständige Kreise immer noch zu führen glauben müssen.

Auf anderen Gebieten ist dagegen weniger Erfreuliches zu melden. So haben die Nervenkrankungen im Durchschnitt stark zugenommen. Bei der Berliner Ortskrankenkasse kamen 1926 auf 100 Krankheitsfälle bei den männlichen Versicherten 4,7 und bei den weiblichen Versicherten 6,9 Nervenkrankungsfälle. Die Zahl steigerte sich 1927 auf 5,9 bei den männlichen und 7,9 bei den weiblichen Versicherten. Davon sind 2,8 bzw. 4,5 Nervenkrankungsfälle. Auch bei anderen Klassen kann man eine ähnliche Erscheinung feststellen. Wie erklärt sich das? Der Verfasser der Denkschrift des Reichsinnenministeriums bemerkt, dunkel wie ein Orakel von Delphi, dazu:

„Monotone Arbeit im weitestgehend mechanisierten Arbeitsmechanismus und das großstädtische Leben haben die Beachtung, die dem einzelnen zuteil wird, und damit sein Selbstgefühl und seine Lebensbejahung verringert und verleitet zu einer durch übertriebene Befolgung gesteigerter Selbstbeobachtung und zur Unzufriedenheit.“

Was soll man sich für diese ministerielle Weisheit eigentlich kaufen? Die Dinge liegen hoch ja, daß die neuen Arbeitsmethoden, die Methoden einer forcierten Massenfabrikation, die auf beschleunigter Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft beruhen, sich in Deutschland nicht nur durchgesetzt, sondern das Arbeitsleben ganz allgemein gelähmt und übersteigert haben. Die Anforderungen an die reine körperliche Kraft haben mit der Mechanisierung in Deutschland nachgelassen. An Stelle der rein physischen Anstrengung sind vermehrte Ansprüche an die ganze Konstitution des Arbeitenden getreten. Das, was wir Energiereserve nennen, wird im heutigen Arbeitsprozeß weitaus schneller verbraucht als früher. Diese Reserven müssen ersetzt werden. Das bedingt Veränderungen in unserer Ernährungsweise, und so erfahren sich Veränderungen im Verbrauch, die wir schon seit langer Zeit feststellen, aber nicht richtig erklären und motivieren konnten. 1913/14 entfiel auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland ein Roggenverbrauch von 173,1 Kg. Die Menge sank im Jahre 1925/26 auf 114,5 Kg. und 1926/27 sogar auf 79,3 Kg. Ähnländes sehen wir bei anderen Agrarprodukten. Der Weizenverbrauch ging von 55,5 Kg. in 1913/14 auf 78,8 in 1926/27 zurück, der Getreideverbrauch von 108 auf 70,5 Kg., der Verbrauch an Kartoffeln von 700 auf etwa 380 Kg. Man hat lange Zeit gemeint, die Geschmacksnerven der Bevölkerung wären irgendwie verwöhnt wor-

den, nur konnte man uns nicht sagen, wann und wie; im Krieg und während der Inflation sicherlich nicht. Wir erinnern auch nur an die bekannte Agarrubroganda während der Roggenkrise vor drei Jahren, wo man von „Lebensmüdigkeit“ der Bevölkerung sprach. Heute, nach dem ersten stürmischen Ablauf der Rationalisierung, wissen wir ganz genau, worauf die Abnahme des Getreideverbrauchs zurückzuführen ist. Der Kraftstoffwechsel bei der arbeitenden Bevölkerung ist durch die steigende Nutzung von Maschinenkraft zur Leistung von Schwerarbeit wesentlich verringert worden. Im Gesamtnahrungsbedarf der Arbeiterschaft hat damit der zur Erneuerung der körpereigenen Stoffe, ins-

Die Tuberkulosebekämpfung im Deutschen Reich



Abgesehen von der Bekämpfung der Tuberkulose durch gesetzliche Maßnahmen, dient dem Kampf gegen diese weit verbreitete Volksseuche die Heilstättenbewegung und die Tuberkulose-Fürsorgebewegung, welche letztere in Deutschland seit den Kriegsjahren einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Aber auch die Heilstätten haben sich unter der tatkräftigen Förderung durch das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose zahlenmäßig gut entwickelt und befinden sich im weiteren Ausbau, nachdem die Erschwerungen, die der Krieg und die Wirtschaftsverhältnisse der ersten Nachkriegsjahre mit sich brachten, überwunden sind.

Gewerkschaften als Kartelle.

Als der bekannte Betriebswissenschaftler Prof. Schmalenbach im vorigen Jahre seinen Vortrag über die gebundene Wirtschaft und die fixen Kosten hielt, berührte er eine wunderbare Stelle am Körper der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Literatur, die sich seitdem mit diesem Thema beschäftigt, ist mittlerweile zu einem kleinen Berg angewachsen. Weil Schmalenbach den privaten Monopolisten den Spiegel so unerschrocken vorhielt, ist man ihm nicht besonders günstig gesinnt. Aber auch namhafte Wissenschaftler sind ausgezogen, um dem bedrohten Verbandskapitalismus mit mehr oder weniger tief durchdachten Abhandlungen beizuspringen. Neuerdings erschien eine Broschüre von dem bekannten Professor Adolf Weber: „Das Ende des Kapitalismus“, die sich ausführlich mit dem Thema: „Kartelle, fixe und proportionale Kosten usw.“ beschäftigt.

Professor Weber geht von dem Satz aus, den Schmalenbach in seiner Rede in Wien in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hatte: „Das Ueberhandnehmen der fixen Kosten ist mit der Existenz der freien Wirtschaft auf die Dauer unträglich, die freie Wirtschaft muß unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen.“ Weber bestreitet, daß die deutsche Wirtschaft so weitgehend verbandsmäßig gebunden ist. Sie sei im wesentlichen, trotz dem Vorhandensein zahlreicher Kartelle, frei. Dabei mußte der Präsident des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, Dr. Wagemann, in der letzten Sitzung des Bundesauschusses des DGB feststellen, daß mehr als 50 Prozent der deutschen Wirtschaft nicht der freien Konkurrenz unterworfen, sondern verbandsmäßig gebunden seien. Weber fordert zu nüchternem Denken auf; wenn man das tue, so wird man in den Kartellen nichts anderes zu erblicken haben, als Organisationen, die eine ruinöse und damit unzuverlässige Konkurrenz zu einer geregelten Konkurrenz machen.“

Interessant ist nun, was Professor Weber in diesem Zusammenhang über

Das Problem „Kartelle und Gewerkschaften“

ausführt. Es sei sonderbar, daß in der öffentlichen Meinung das Urteil über Kartelle einerseits und Gewerkschaften andererseits so weit auseinanderginge. Die Gewerkschaften werden wesentlich günstiger beurteilt als die Kartelle. „Und doch handelt es sich in beiden Fällen um Marktorganisationen, die durch einheitliches Vorgehen die Preise und Leistungen regeln und den Versuch machen wollen, die Marktbedingungen für längere Zeit zu ordnen... Dabei ergeben sich aber schon bei der Betrachtung der äußeren Wirksamkeit bemerkenswerte Unterschiede. Die Kartelle beeinflussen lediglich die Preisbildung eines meist ersichtlichen fertigen Produkts, die Gewerkschaften dagegen den Preis eines unentbehrlichen Produktionsfaktors.“

Die Gewerkschaften verhindern durch die Anwendung des Kampfmittels, den Streik, daß nicht nur die Konkurrenzentwicklung, sondern auch die Neubildung von Kapital verhindert wird. So kann nach Weber kein Zweifel darüber bestehen, daß durch die Gewerkschaften der Erfolg der bestehenden Wirtschaftsordnung viel eher gesichert werden kann, als durch die Kartelle.“ Das sind Vergleiche und Meinungen, die nur in einem Gehirn entstehen können, welches sich den Unternehmern verschrieben hat. Und auch die weiteren Ausführungen Webers in der betreffenden Broschüre zeigen, daß die privaten Monopolisten sich keinen Gef-

besondere des Körperleibes, notwendige Nahrungsbedarf gegenüber dem für die Arbeitsleistung erforderlichen zugenommen, das heißt, die Bevölkerung neigt instinktiv dazu, zu einer eiweißreicheren Nahrung überzugehen.

Die moderne Arbeitsmethode drängt zum vermehrten Fleischverbrauch. Der Körper lehnt den Brostoff ab. Dadurch das Absterben im Getreidekonsum. Die Wäde kann aber nicht durch vermehrte Fleischmahlung ausgeglichen werden. 1918 entfielen pro Kopf der Bevölkerung 49,5 Kg. Fleischkonsum, 1925 waren es 44,9, 1926: 45,4 und 1927: 49,9 Kg.

Der Fleischverbrauch steigt in Deutschland. Das ist eine Folge der Rationalisierung und Mechanisierung. Er reicht aber nicht aus, um die schneller verzehrten Energiereserven zu ersetzen. Es wäre auch verfehlt, anzunehmen, daß der Verbrauch 1927 auf der Höhe des Vorkriegsverbrauchs gelegen hätte. Da der Anteil der fleischessenden Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung heute größer ist als vor dem Kriege und da die besitzende Klasse erfahrungsgemäß heute mehr Fleisch verzehrt als früher, muß bei den arbeitenden Schichten der Fleischkonsum unter Vorkriegsstand liegen. Die Energiereserven können nicht aufgefressen werden. Dem sinkenden Getreidekonsum steht kein entsprechend erhöhter Fleischkonsum gegenüber. Das wirkt sich in der Gesamtkonstitution des Arbeitenden von heute aus. Deshalb die Zunahme der Nervenkrankungen.

Wir können dieses Problem nur im Zusammenhang mit der Reallohnentwicklung in Deutschland betrachten und müssen feststellen, daß der Druck auf die Reallohn eine neue Volksseuche heraufbeschwört, die in ihren Auswirkungen gefährlicher sein wird, als es die Tuberkulose war. Wir haben erst zwei Jahre mechanisiert und stehen am Anfang einer Entwicklung. Das sollte zu denken geben und davor warnen, nicht weiter Staub zu machen an der Volksgeundheit zu treiben.

Bei den reichsgesundheitlichen Krankenkassen einschließlich Knappschaftskrankenkassen entfielen auf 100 Mitglieder im Jahre 1921: 44 Krankheitsfälle, 1927 aber 54; im Jahre 1924 auf jedes Mitglied (hier sind die Knappschaftskrankenkassen nicht einbezogen) 10,8 Krankheitsfälle, 1927 jedoch 12,4. Die Steigerung bedeutet, in Produktionsausfall, Krankengelder und Heilbehandlung umgerechnet, daß wir Millionen und aber Millionen für die Krankenbehandlung herauswerfen, weil wir nicht genügende Reallohn zahlen. Der ungenügende Reallohn scheint seine Folge in Erkrankungen des Nervensystems, der modernen Industriekrankheit, zu haben. Wenn die Nervenkrankungen gerade im Jahre 1927, dem Jahr der Hochkonjunktur und der Steigerung der Reallohn, zunahm, kann man sich ein Bild machen, wie das in Krisenzeiten wird. Daß die Reallohn des Jahres 1927 nicht ausreichten, dürften auch wohl folgende Angaben in der Denkschrift des Reichsinnenministeriums beweisen:

Bei 700 000 in Preußen erfassten Schulkindern war der Ernährungszustand bei 40 Prozent gut, bei 50 befriedigend und bei 10 Prozent unbefriedigend. Diese 10 Prozent sind aber der Proletariatsnachwuchs, die zukünftigen Arbeiter am laufenden Band und am Wandertisch. Die 10 Prozent Unterernährten sind die Kinder der Proletarier, die über keinen hinreichenden Reallohn verfügen. „Nur 10 Prozent“, sagt die Denkschrift. Aber diese 10 Prozent sind schon groß genug. 8 bis 10 Prozent der Schulkinder sind blutarm, 6 Prozent leiden unter Rachitis — wenn diese Pest auch gegenüber den Vorjahren ständig abnimmt. Bei 7 Prozent der Schulkinder mußte Stomatitis festgestellt werden, 2 Prozent sind tuberkulosekrank oder tuberkuloseverdächtig.

Die Denkschrift des Reichsinnenministeriums kann die Arbeiterschaft in ihrem Bestreben nach Steigerung der Reallohn nur bekräftigen. Höherer Lohn und Weiterentwicklung der Sozialfürsorge bedeuten Existenz der Arbeiterschaft!

ven Verteidiger wünschen können, als diesen Professor der Staatswissenschaften aus München. Nach der ganzen Einstellung dieses Herrn ist es nicht verwunderlich, wenn er noch folgendes schreibt:

„Wir dürfen ohne Uebertreibung sagen, daß für den Volkswirt eine der ernstesten Sorgen für das wirtschaftliche Deutschland der Gegenwart ist, daß die proportionalen Kosten, die Löhne im weitesten Sinne des Wortes, zu stark gestiegen sind.“ Es ist immer wieder die alte Leier, und sogar in wissenschaftlichen Abhandlungen findet man nichts anderes: die Zurückstellungen, die der Kapitalismus geschaffen hat, sind vortrefflich, nur die bösen Gewerkschaften mit ihrem Eintreten für die Interessen der Arbeitnehmer verhindern die Erfolge. Wir brauchen uns mit derartigen Auslassungen weniger auseinanderzusetzen.

Nun noch einige Worte zu dem Thema „Gewerkschaften und Kartelle“. Daß die Gewerkschaften die Arbeitskraft zusammenfassen wollen, ist natürlich richtig. Wenn sie zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder zu einem Streik greifen oder die Arbeitskraft in gewissen Momenten oder in bestimmten Bezirken zu verknapfen suchen, so ist es unseres Erachtens weniger gefährlich, als jene Maßnahmen, die die Kartelle anwenden. Denn die Gewerkschaften greifen zu jenem Mittel nur in der äußersten Not. Die Kartelle und Syndikate hingegen wenden jene Mittel der organisatorischen Verknappung Jahre, teilweise Jahrzehnte an und schädigen die Volkswirtschaft durch ihre einseitige Politik weit mehr, als wenn die Gewerkschaften einmal zu den gleichen Methoden der Marktbeeinflussung greifen. Hinzu kommt noch eins: die Gewerkschaften haben bedauerlicherweise erst einen Teil der Arbeiter umfaßt. Die meisten Kartelle aber haben nur mit ganz wenigen Außenstehern zu rechnen. Daß die Gewerkschaften bezüglich der Durchsetzung ihrer Interessen sich der Hilfe des Staates bedienen, ist richtig. Auf der anderen Seite kann aber nicht bestritten werden, daß die kartellierten Industrien der Hilfe des Staates weit mehr teilhaftig geworden sind als die Gewerkschaften.

Kartelle und Gewerkschaften sind die Spitzen zweier entgegengesetzten Interessen in dem Kampfe um das Sozialprodukt. Nach unserer Meinung kann es nicht zweifelhaft sein, daß es besser ist, wenn ein größerer Teil des Arbeitsvertrages dem arbeitenden Teil der Bevölkerung zufließt. Es ist für die Kulturentwicklung weniger wichtig, erhöhte Profite anzuhäufeln, als für den größten Teil der Menschheit ausreichende Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Auch bei Weber scheint etwas Ähnliches aufzubäumen, denn in dem letzten Abschnitt seines Buches schreibt er:

„Die sozialistische Wirtschaftsordnung ist eine Unmöglichkeit. Aber das soziale Ziel, das den Sozialisten vorsteht, ist das Königsproblem der Sozialökonomie und der ökonomischen Politik: Es gilt, jedem Menschen, auch dem Kleinsten und Unbedeutendsten, ein ideell und materiell menschenwürdiges Dasein zu schaffen.“

Wenn schon das soziale Ziel das Königsproblem der Sozialökonomie ist, dann begreifen wir nicht, warum Weber 31 Seiten eines Buches aufgewandt hat, um das Gegenteil zu beweisen. Weber ist allerdings der Meinung, daß der kapitalistische Unternehmer ganz andere Ziele und Anteile hat, als das soziale Ziel zu verwirklichen, das heißt jedem Menschen „ein materiell menschenwürdiges Dasein“ zu schaffen. Diesen Zustand herbeizuführen, bleibt den Unzufriedenen selbst überlassen.

Köpfe? — Ja, aber Rindsköpfe!

An der Ruhr steht das Barometer wieder einmal auf Sturm. Sämtliche Tarife im Bergbau sind gekündigt und erheischen natürlich einen Neuabschluss. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß sich die Bergarbeiter und die Bechenbesitzer gegenseitig ihre fälligen sozialpolitischen Rechnungen zur Begleichung vorlegen. Die Rechnung der Bergarbeiter enthält die Forderung auf Lohnerhöhung, während die Unternehmer mehr Arbeit, also Verlängerung der Arbeitszeit verlangen. Beide Parteien, sowohl wir als Gewerkschaften, wie auch der Bechenverband, stützen sich auf die Mentalität des Ruhrbergbauers. Wir unter Betonung einer genügenden, die Unternehmer mit der Behauptung einer ungenügenden. Die Unternehmer suchen ihre Behauptung nach außen zu stützen durch eine sogenannte Denkschrift, die sie der Regierung und der Öffentlichkeit zugänglich machten. Sie beriefen sich darin auf die Schmalenbach-Untersuchung mit dem Resultat, daß der Ruhrbergbau sogar mit Verlust arbeite. Seitdem aber hätten sich die Verhältnisse nicht wesentlich gebessert, so daß die Forderung der Bergarbeiter als völlig underechtigt und unerfüllbar anzusehen sei.

Für den Unbefangenen und der ganzen Sache Fernstehenden klang das auch voerst ziemlich plausibel, stehen wir doch in einer, allgemein gewerteten, starken wirtschaftlichen Depression mit zwei Millionen Arbeitslosen usw. Wir aber haben heimlich gelacht über die Naivität, die der Bechenverband sowohl der Öffentlichkeit allgemein und den Gewerkschaften insbesondere zutraut diesem Problem gegenüber. Und während wir am Rechenstisch saßen, um das Material zu sichten und zu ordnen, mit dem wir den Wert und die Notwendigkeit sowie auch Tragbarkeit unserer Forderungen zu gegebener Zeit beweisen würden, da hüpften die willkürlichen Getreuen der Bechenbesitzer im Verein mit den kommunistischen Berufsfunctionären und Jongleuren draußen auf dem Vorplatz der öffentlichen Meinung herum und fangen das Vieh von der Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit der Gewerkschaften. Ein Miß zum R....! Dies um so mehr, wenn man bedenkt, daß es dieselben Leute sind, die alles, was nicht zu ihnen hält, mit Schmutz und Rot bewerfen und sich für die einzig berufenen Führerköpfe „erklären“.

Was da oft an Besonderheiten zu hören war, war manchmal geradezu erschreckend, wenn man sich überlegt, daß auf der einen Seite doch immerhin Vertreter der deutschen Wirtschaftsführung standen. Wenn die Leute, so sagt man sich, schon so naive Vorstellungen haben von den Bedingungen und Beweggründen der aus der organisierten Arbeiterschaft herausdrängenden sozialpolitischen Forderungen, was mögen die wohl für eine Vorstellung haben von den Grundbedingungen der sozialen Strömung unserer Zeit überhaupt! Und was man immer wieder herausfühlt, wird so allmählich zur unumstößlichen Gewissheit: es fehlt der deutschen Wirtschaft wirklich an Köpfen! Und die Parteigänger dieser Leute, die den Ruf nach „Köpfen“ immer wieder in der Richtung nach der Politik erschallen lassen, scheinen wohl das richtige Gefühl zu haben, aber verkehrte Frontstellung.

Man überlege sich nur, daß prominente Vertreter der Ruhrindustriellen in offiziellen Charakter tragenden Auslassungen die Meinung und die Behauptung aufstellen, daß die Lohnforderung der Gewerkschaften nur ihre Erklärung finden könne in der Kampfes- und Agitationslust der christlichen Gewerkschaften gegen den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister und in der Furcht des freien Bergarbeiterverbandes vor den Kommunisten. Wir kennen nun die stillen Wünsche der Führer des christlichen Gewerkschaftsbereichs nicht. Aber wir können uns mit dem besten Willen nicht vorstellen, wach besonders Agitationsmöglichkeiten sich hier für den christlichen Gewerkschaftsbereich gegen den Reichsarbeitsminister ergeben sollten in dem Maße, daß sie das Risiko einer Lohnbewegung ohne Aussicht auf Erfolg (denn das letztere wäre doch Vordingung) aufwiegen könnte. Doch hierzu Stellung zu nehmen, ist ja Sache des Gewerkschaftsbereichs selbst. Aber die Behauptung, daß wir, der Bergarbeiterverband, aus Furcht vor den kommunistischen Gefahr in die Lohnbewegung eingetreten wären, ist geradezu von sträflicher Naivität für die Bechenbesitzer in deren eigenem Interesse. Uns kann es nur recht sein, wenn man uns derartige sachliche Ungefährlichkeit zutraut, denn vom Gegner unterwirft werden ist immer ein gewaltiger Vorprung im Kampf um das Endresultat.

Unsere sachliche Begründung der Forderung auf Lohnerhöhung aber, die mittlerweile bekannt geworden ist, wird ja auch

den Leuten um den Bechenverband bewiesen haben, daß ihr Geschwätz von dem „Druck von links“ kein Argument im Kampf mit uns sein kann. Der Druck von uns aus ist doch etwas anderer Art als der von kommunistischen Schwärmern, nicht wahr?

Es war wirklich pugig, zu beobachten, wie die kommunistischen Berufsfunctionäre das Geschwätz ihrer Kollegen von rechts aufgriffen, um damit ihren Wert nach außen zu beweisen. Das „Ruhr-Echo“ kann sich gar nicht genug tun in dem Geschreibsel von der „zitternden Bourgeoisie und ihren Lakaien, den Gewerkschaften“. Auch hier fragen wir uns nochmal, ob die Leute wirklich an ihren Wüßhumpen glauben? Aber eigentlich brauchte das gar nicht einmal anzusehen zu verwundern, denn selbst die „Frankfurter Zeitung“ führte die Ursache der Lohnforderung auf den Druck zurück, den die kommunistische Partei auf uns ausgeübt habe. Wir möchten demgegenüber nur den Wunsch äußern, was, nebenbei gesagt, gleichzeitig bei uns Ueberzeugung ist, daß dieser Druck, wie er gegenwärtig von der kommunistischen Partei her bei uns spürbar ist, in alle Ewigkeit so bleibt. Wie dieser Druck nämlich aussieht, ist am besten ersichtlich aus der Entschlüsselung, die auf der Ruhrrevierkonferenz am 24. März 1929 einstimmig ohne Stimmeneinstellung angenommen wurde.

Daß die Kommunisten bei der diesjährigen Betriebsrätewahl zwischen 20- und 30 000 Stimmen auf ihre Sonderlisten vereinigen konnten, besagt, zu ihrem Verhältnis zu unserer Organisation, gar nichts. Wir gestehen offen, daß wir selbst zwar überrascht über das Resultat waren, aber deshalb, weil wir den Kommunisten eine weit größere Stimmenzahl im voraus zugerechnet hatten. Sätten die Kommunisten auch dreimal soviel Stimmen erhalten, das änderte für uns als Verband aber auch nicht das Geringste an der Gesamtsituation. Für uns zählt nur die Organisation und ihre Mitglieder, die wir so gut wie reiflos an unserer Seite wissen. Die unorganisierte Masse unterliegt nur unserer tatsächlichen Bewertung im Hinblick auf positive Entschlüsse (z. B. Kündigung des Lohntariffs), für deren Durchführung sie zwar ein Plus oder ein Minus bedeuten können. Ihre Stabilisierung ist in solchen Fällen immer nur ein Plus für uns. Für Beschlußfassung aber in negativem Sinne (nehmen wir an: Nichtkündigung des Manteltariffs) existiert diese unorganisierte Masse für uns überhaupt nicht. Daß sich diese unorganisierte Masse hergibt zu der kommunistischen Lausbubenpolitik (Sonderlisten), wird zwar von uns bedauert, hat aber auf unsere Verbandspolitik und die von uns zu übende Wirtschaftspolitik nicht mehr Einfluß, wie die Erfolge der kommunistischen Sonderlisten in Berlin oder in Halle. Diese Sonderlisten und ihre Erfolge — ganz gleich, ob im Ruhrgebiet, in Berlin oder in Schlesien — bedeuten gewerkschaftspolitisch überhaupt nichts, sie sind höchstens gesamtpolitisch symptomatisch und nur Ausdruck des Indifferentismus der Unorganisierten, die zwischen wirtschaftlicher und politischer Organisation nicht zu unterscheiden wissen. Die Wähler der kommunistischen Sonderlisten rekrutieren sich aus der Schaar der Unorganisierten, die schon bei politischen Wahlen kommunistisch zu wählen pflegen.

Aus dieser sogenannten Radikalisierung, die die naive Auffassung der Bürgerlichen aus dem „Erfolge“ der Kommunisten mit ihren Sonderlisten herausliest, erhebt höchstens eine Mahnung an das Bürgertum selbst. Nur dort könnte man sich „unter Druck“ gesetzt fühlen. Wir als Gewerkschaften bleiben davon völlig unberührt. Ja, es ist sogar so, daß sich die Gewerkschaftsarbeit durch diese neueste Taktik der Kommunisten mehr konsolidieren kann, weil die den kommunistischen Spitz unterstützenden Kräfte innerhalb der Gewerkschaften keinen Halt mehr finden können und ihre Reiben verlassen müssen. Also nochmals: die Stärke der Gewerkschaften liegt nur in ihrer Mitgliedschaft. Die Masse der Unorganisierten zählt nur in tatsächlicher Bewertung. Für die Verbandspolitik existiert sie nicht. Der kommunistische Spitz, der funktionspolitisch für uns nur „reinigend“ wirkt, wird von uns zwar aus agitationspolitischen Gründen bedauert, berührt aber unser politisches Wollen sowie die Aktionsfähigkeit als Organisation nicht im geringsten, er ist uns weiter nichts als Mißbrauch des Indifferentismus zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft. In diesem Produkt politischer Lausbuben können höchstens naive Rindsköpfe eine Gefahr für die Gewerkschaften erblicken oder einen Druck auf deren gesamtpolitische Auffassung.

Wir nehmen gern davon Kenntnis, daß der Ausgabebetrag von 4 bis 5000 M. für Literatur dazu benutzt wurde, um an den Vertriebsstellen der Armen ein 100prozentiges Geheiß zu machen, eine Geschäftsstillschließung, die auf der anderen Seite im „Ruhr-Echo“ täglich aufs allersehrste bekämpft wird. Aber dem „Ruhr-Echo“ geht es auch auf diesem Gebiet genau so wie auf allen anderen: Den Balken im eigenen Auge sieht man nicht, während man dauernd bemüht ist, in den Augen anderer Splitter zu suchen.

Dem Artikel im „Ruhr-Echo“ geben wir nebenher den guten Rat, unseren Artikel gleichfalls dem „kleinen Jungen“ vorzulegen. Möglich ist immerhin, daß er in der Schule richtig rechnen gelernt hat und einseht, daß auf solch mühselige Art aufgebrauchte Groschen, die zur Unterstützung dienen sollen, auch dazu verwendet werden und nicht in der Form, wie aus der veröffentlichten Abrechnung zu ersehen ist. Wenn er das begreift, besteht immerhin noch die Möglichkeit, selbst in der roten Hölle auf dem zwar gefahsteten legalen Wege Ordnung zu schaffen.

Auf die neue Anweisung: „Gib die Klassenberichte deiner Freunde heraus“, brauchen wir nicht einzugehen, weil sie bekannt sind und alljährlich vorschriftsmäßig verantwortlich gezeichnet veröffentlicht werden. Weiter ist uns bewußt, daß wir uns mit dem Artikel darüber nicht herumzuputzen brauchen, weil ihm von dieser Wissenschaft nicht allzuviel bekannt ist. Mit dem einzig gefunden Gedanken, den der Artikelschreiber in seinem Schlußsatz entwickelt, wenn er sagt, daß die Klassengegenätze immer größer werden und das Unternehmertum sich zu neuen Schlägen gegenüber der Arbeiterschaft rüht, gehen wir konform. Wenn er das begriffen hat und einseht, dann sollte man aber auch im „Ruhr-Echo“ dazu übergehen, anstatt die Functionäre zu bedrücken, sie zu stützen, um mit ihnen in gemeinsamer Arbeit die Abwehrorganisation der Arbeiter auszubauen und zu stärken. Wir selbst haben keine Ursache, uns dauernd mit solchen Dingen zu beschäftigen, sondern werden es nur dann tun, wenn es gilt, unsere Functionäre zu schützen.

Kongress der belgischen Bergarbeiter.

Am 24. und 25. März fand in Brüssel der diesjährige Kongress der belgischen Bergarbeiter statt, der von 250 bis 270 Delegierten und Functionären besetzt war. Vom Ausland nahmen Vertreter verschiedener Bruderorganisationen am Kongress teil. Frankreich war durch Pierre, Vigne, Quintin, Hoff, Vegay und Dumoulin; Holland durch Kramer-Geelen; die Tschechoslowakei durch Jarolim-Turn-Keplich und unser Verband durch den Kameraden Husemann vertreten.

Der Kongress hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Er nahm den Bericht der Verbandsleitung für die Jahre 1927-28 entgegen. Ferner behandelte er die sozialpolitische Gesetzgebung und das Pensionswesen, die Urlaubsfrage, die Nationalisierung des Bergbaues, die Grubenkontrolle, die Unfallgesetze, die Berufskrankheiten, die Frage des Soziallohnes und schließlich wurde die Neuwahl der Verbandsleitung vorgenommen. Zu all diesen Fragen wurden Entschlüsse angenommen. Der Kongress erklärte sich mit der Tätigkeit der Verbandsleitung einstimmt einverstanden und wählte am Schlusse die alte Verbandsleitung unter dem Präsidium des Kameraden Dejarbin unter lebhaftem Beifall einstimmig wieder.

Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Stabilisierung der belgischen Währung auch gewisse Schwierigkeiten für den belgischen Bergbau und die Bergarbeiter mit sich brachte. Die Produktion ist von 1913 bis 1928 um 22,8 Mill. To. auf 27,7 Mill. To. gestiegen, während der Verbrauch von 26 auf 33 Mill. To. gestiegen ist. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter betrug im Jahre 1926: 160 855, 1927: 175 544 und 1928: 161 401. Der Lohnstand im Okt. 1927 für die Untertagearbeiter auf 49,04 Fr., während die Nebertagearbeiter 39,10 Fr. verdienen.

Leider läßt die Organisation der belgischen Bergarbeiter auch zu wünschen übrig, denn nach dem vorliegenden Bericht waren 1928 von 161 401 Bergarbeitern nur 57 109 organisiert. Dies macht 35 Prozent der Belegschaft aus. Der Unterschied in den einzelnen Revieren ist sehr groß. Während in der Borinage 66 Prozent und im Lütticher Bezirk 51 Prozent organisiert sind, beträgt der Prozentsatz im Zentralrevier und in Namur 30, in Charleroi sogar nur 14. Im Bezirk Limburg gehören nur 4 Prozent der Organisation an.

Das Vermögen des Verbandes betrug am 13. Februar d. J. 5 191 662,92 Fr. An Beiträgen wurden im Vorjahre 2 585 227,80 Fr. eingenommen. Daraus kamen die Zinsen mit 284 962,83 Fr., so daß eine Gesamteinnahme von 8 061 853,55 Fr. vorhanden war. Davon gehen die Ausgaben mit 557 424,73 Fr. ab, so daß der Verband am Jahresschluß ein Vermögen von 7 504 428,82 Fr. aufzuweisen hatte.

Zu Ehren des 40jährigen Bestehens der Organisation und des 10jährigen Bestehens der Zentralorganisation der belgischen Bergarbeiter fand am ersten Verhandlungstag ein Bankett statt, auf welchem Kamerad Dejarbin die eigentliche Jubiläumsschöpfung hielt und den Gedanken der Solidarität und des Zusammenhanges feierte. Aus Anlaß der Jubelfeier wurden den drei ersten Angestellten, Dejarbin als Präsident, Lombard als Kassierer und Delattre als Sekretär, Geschenke überreicht. Die ausländischen Gäste überbrachten die Glückwünsche und Grüße ihrer Organisationen und auch unser Kamerad Husemann übermittelte die herzlichsten Glückwünsche unseres Verbandes und seiner Leitung zu der Tagung sowie zum Jubiläumsfest. Er überreichte dem Kameraden Dejarbin eine Mappe, enthaltend Radierungen aus dem belgischen Bergbau von Herrn Kunstmalers Käthe Hühn (Essen). Dieses Geschenk wurde von den Kongreßteilnehmern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Die Teilnehmer des Kongresses freuten sich, daß Delattre internationaler Sekretär geworden ist, und konnte man daraus schließen, daß die belgische Organisation ihrem Sekretär die Freiheit gibt, auch in Zukunft dieses wichtige Amt in unserer Internationale zu bekleiden.

Wer kühlt dem deutschen Arbeiter die Arbeit?

Das Schanzmacherorgan an der Ruhr, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, berichtet über einen Vortrag, den der Rektor der Technischen Hochschule Breslau anlässlich der Eröffnung eines Sonderlehrganges gehalten hat. Nach einigen Darlegungen, die sich in dem allgemeinen Rahmen einseitiger Färbung halten, erklärte der Vortragende nach dem vorstehend genannten Blatt:

„Den größten Teil der Schuld (an dem deutschen Wirtschaftsrückgang) trägt die Tatsache, daß sich Arbeiter und Arbeitnehmer nirgends so schroff und unverhältnißmäßig gegenüberstellen wie bei uns. So sieht nicht nur der Deutsche seine Vaterland, auch die Außenwelt erkennt klar, daß die, die diese Grundtöne führen, bewußt oder unbewußt dem deutschen Arbeiter die Arbeit von der Welt- und Hobbeltbank stehlen zur Freude des lachenden Auslandes.“

Die scharfen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden am meisten von jenen Kreisen gespürt, die der „Bergwerks-Ztg.“ nahestehen. Diese Schanzmacher und Hezer verweigern dem Arbeiter jedes geringe Vorwärtkommen und beantworten auch die kleinste Forderung, wie der verflozene Ruhrkampf zeigte, mit scharfsten Maßnahmen. Diese Herren sind es also, die dem Arbeiter die Arbeit von der Welt- und Hobbeltbank stehlen.

Was macht die Rote Hilfe mit ihren Beiträgen?

Auf wiederholte Anpöbelungen des „Ruhr-Echo“ hin, die immer von der Absicht getragen waren, die der RHD nicht angehörigen Verbandsfunctionäre der Unehrlichkeit zu bezichtigen, hatten wir in der „Bergbau-Industrie“ (Nr. 8) dem im „Ruhr-Echo“ vom 24. Januar d. J. veröffentlichten Klassenbericht der Roten Hilfe für das Ruhrgebiet einer Kritik unterzogen, um zu zeigen, daß das „Ruhr-Echo“ alle Hände voll zu tun hat, im eigenen Lager Ordnung zu schaffen, anstatt sich um Vorgänge in anderen Organisationen zu kümmern. Die für den Klassenbericht Verantwortlichen haben sechs Wochen Zeit gebraucht, um auf unsere Kritik im „Ruhr-Echo“ vom 5. April d. J. zu antworten. Aus der Antwort selbst spricht soviel Dummheit wie Arroganz und Unkenntnis, daß es wirklich schwer hält, die richtigen Worte zu finden, um zu der ganzen Angelegenheit überhaupt noch etwas zu sagen. Die bekannte Schreibweise des „Ruhr-Echo“ und seiner Scribenten, sobald Sachlichkeit nicht mehr ausreicht — wenn solche überhaupt vorhanden war! — Gegenargumente mit Dummheit und Frechheit totzuschlagen, kann uns nicht abhalten, zu dem von uns kritisierten Klassenbericht noch einmal Stellung zu nehmen. Das Tollste, was sich der Artikler im „Ruhr-Echo“ leistet, ist, daß er unsere Kritik hinstellt als Versuch, die Sache der Arbeiter, ihre Einrichtungen usw. dem Unternehmertum gegenüber zu verunglimpfen, obwohl unser Artikel die erste Abwehr war auf der weiß wie viele Artikel gleicher Art im „Ruhr-Echo“ gegen unsere Functionäre.

Wir haben es bis heute abgesehen, uns mit Leuten gelb-kommunistischer Art über solche Sachen herumzuputzen, weil bekanntlich gegen Dummheit ja Götter selbst vergebens kämpfen, und uns nur dann zur Wehr setzen, soweit unsere Functionäre, denen die Leute des „Ruhr-Echo“ nicht das Wasser reichen können, angegriffen werden.

Unsere in dem fraglichen Artikel geübte Kritik an dem Klassenbericht der Roten Hilfe halten wir im vollen Umfange aufrecht, auch wenn der „kleine Junge“, von dem sich der Artikelschreiber beraten ließ, darüber lachen sollte. Da der Klassenbericht von keinem Verantwortlichen unterzeichnet ist, im weiteren auch keinen Revisionsvermerk trägt, besteht die Vermutung, daß die Art und Höhe einzelner Ausgaben Ursache war, sich vor der verantwortlichen Unterzeichnung zu drücken und den sonst üblichen Revisionsvermerk darüber nicht mit zu veröffentlichen. Aber wo schon legale Kampfmittel erlaubt sind, braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie dann bei solchen Arbeiten den eigenen Genossen gegenüber zur Anwendung gelangen.

Jede andere Korporation, die sich herausnehmen würde, Klassenberichte oder Bilanzen ohne Unterschrift zu veröffentlichen, würde sich — damit geben wir mit dem Artikelschreiber konform — dem Gluck der Lächerlichkeit aussetzen, weil man annehmen müßte, daß ein solcher Berichterstatter seinen eigenen Zahlen nicht traut oder nicht den Mut besitzt, sie zu decken. Lenin oder Tomski würden gewiß, wenn sie den Bericht vor Augen bekommen hätten, ihre bekannten Entschuldigungen für kommunistische Functionäre dieser Art haben und vielleicht sagen, daß es ja sonst tüchtige Kerle sind, aber leider zu solchen Arbeiten einmal nicht taugen.

Daß die Jahresausgabe für Gehalt im Betrage von 7060 M. (pro Monat 588,33 M.) beträgt, ist auffallend richtig. Nur können wir immer noch nicht einsehen und mit uns vielleicht auch andere, daß eine lose Mitgliedschaft, die 10-Mt.-Beiträge zahlt mit der Absicht, damit in Not geratene Freunde zu unterstützen, dazu einen Verwaltungsapparat braucht, der im Jahre 22 256,33 M. kostet!

Unter den Gesamteinnahmen von 71 744,32 M. befindet sich eine Einnahme von 35 382,20 M. aus Beiträgen; darunter wieder an Beiträgen zu 10 Mt. = 30 225,90 M. Die Ausgabe beträgt 22 256,33 M. oder 63 Prozent der Gesamteinnahme überhaupt = 74 Prozent von den bereinnahmten Beiträgen zu 10 Mt. Um in der gleichen Ausdrucksweise des Artikelschreibers zu dienen — Schmal, was würdest du sagen, wenn eine gewerkschaftliche Organisation, und besonders der +++ Bergbauindustriearbeiterverband, sich etwas Ähnliches leisten würde?

Wenn sich die übrigen Einnahmen aus Sammelgeldern und sonstigen unbestimmbareren Sammlungen usw. zusammensetzen, ist es nicht nebensächlich, sondern hauptsächlich, daß 74 Proz. der mühselig aufgebrauchten 10-Mt.-Beiträge, darunter vielleicht noch die fargen Groschen selbst Arbeitloser, dazu benutzt werden, um für die Verwaltung von 70 000 M. Unterstützungsgeldern eine unserer Ansicht nach nicht erforderliche Ausgabe von 22 256,33 Mark zu machen.

Den Vorwurf, daß die Ausgabe von 5 126,08 M. für Literatur und nicht für die Angestellten und Functionäre der Roten Hilfe gemacht wurde, nehmen wir gern zurück, weil wir selbst einsehen, daß Menschen, für deren geistige Weiterentwicklung soviel Geld ausgegeben würde, solche von uns kritisierten Abrechnungen nicht liefern würden, die aber auch dann begreifen würden, daß zur Verwaltung von 70 000 M. Unterstützungsgeldern eine Ausgabe von 22 000 M. an Verwaltungskosten, gelinde gesagt, unbenutzbar ist, wenn nicht gar ein Diebstahl greift.

Haus und Leben

Mansfelds Land und Leute.

Anschließend an die Ausläufer des Südbahnges erstreckt sich zwischen Zeitz und Sangerhausen, Sangerleben und Eisleben ein hügeliger Sandstrich, der den Namen Mansfeld führt. An der südlichen Peripherie Mansfelds durchschneidet die Bahnstrecke Sangerleben-Sangerhausen das Land, während im Südosten die Bahn von Halle nach Kassel die Verbindung mit Mansfeld herstellt. Zwischen diesen beiden Bahnlagen liegen die Kupfererzlager, die von der Mansfeld L.-G. ausgebeutet werden. Der Mansfelder Bergbau ist schon sehr alt und feierte vor einigen Jahren sein 75-jähriges Bestehen. In früheren Jahrhunderten gab es auch in Mansfeld noch Arbeiter, die selbst ein Bergwerk besaßen oder gemeinsam betrieben. Zeugnis von diesen alten Bergwerken legen heute noch die alten Halben ab, die in regelstümlicher Gestalt überall im Land verstreut liegen. Der Teil Mansfelds, der als Gebirgskreis bezeichnet wird, ist, soweit das Bergbaugesbiet in Frage kommt, fast völlig kahl. Die Beschaffenheit des Bodens für landwirtschaftliche Zwecke ist wenig ertragreich. Große Ländereien dieses Bezirks gehören ebenfalls der Mansfeld L.-G., die selbst eigene Güter bewirtschaftet oder das Feld gegen hohe Pacht an ihre Arbeiter abgibt. Ebenfalls nennt die Mansfeld L.-G. einen großen Häuserbesitz ihr eigen. Ganze Stadtteile, wie zum Beispiel in Eisleben, sind Eigentum der Mansfeld L.-G.

Geht man vom Bahnhof in Eisleben zum Marktplatz, so sieht man links vom Markt ein großes, altes Gebäude mit altzeitlichen Fenstern und Verzierungen stehen, das Gewerkschafts- oder Verwaltungsgebäude der Mansfeld L.-G. Hier hat die Generaldirektion ihren Sitz und spannt, einer Spinne vergleichbar, ihre Fäden über das ganze Land. Der Generaldirektor Heinoold herrscht hier als ungekrönter König und gibt die Direktiven, die für die Mansfelder Bevölkerung von weittragender Bedeutung sind. In den Gemeinden und sonstigen Körperschaften, überall, wo es galt, die Interessen der Mansfelder Herren zu wahren, hatte die Gesellschaft ausschlaggebenden Einfluß. Die Arbeiter sowie die gesamte Bevölkerung stand deshalb in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zur Mansfeld L.-G. Daher ist es auch zu verstehen, daß die Arbeiter des Mansfelder Kupferbergbaues jahrzehntelang völlig als Untertanen der Mansfelder Herren galten. Das ist seit dem Jahre 1909 anders geworden. Es wurde auch in Mansfeld von den Arbeitern der Wert der Organisation erkannt und seit dieser Zeit machte die Organisation der Arbeiter immer weitere Fortschritte. Unser Verband und die sonstigen Arbeiterorganisationen haben es zum großen Teil erst ermöglicht, daß auch in Mansfeld ein freieres Leben Platz griff.

Im engen Tal der „Vöden Sieben“ drängt sich Dorf an Dorf mit eng aneinander geschmiegtten Häusern, in denen die Bergarbeiter wohnen. Da der Verdienst meistens gering ist, versuchen die Arbeiter, das Fehlen dadurch zu ersetzen, daß sie noch etwas Land pachten und nach der Arbeit bearbeiten. In vielen Häusern sieht man die sogenannten Bergmannskühe, die Ziegen und Rindern, in primitiven Ställen. Trotz aller Anstrengung der ganzen Familie gelingt es aber knapp, dem lehmigen Boden soviel abzurufen, daß die Nacht bezahlt werden kann.

Die Wohnungen der Arbeiter sind sehr dürftig. Teilweise, wie in Helbra, wohnen 50 und mehr Familien in schlecht eingerichteten Katern. Wer nicht nur die Wohnungen sind schlecht, in den Familien selbst mangelt es am Notwendigsten. Seit Jahren kann der notwendige Wäsche- und Kleidungsbedarf nicht angeschafft werden. Das ist erklärlich, wenn man weiß, wie der Verdienst ist. Ein Arbeiter der Bleihütte, in einem ganz ungesunden Betrieb, der zwei Stunden An- und Abmarschwege zurückzulegen hat, verdient in neun Stunden im Höchsthalle 5,50 bis 6,50 M. pro Schicht. Die Familienväter mit sechs bis sieben Köpfen, die in Mansfeld keine Seitenarbeit finden, mit diesem Lohn aus-

kommen sollen, weiß nur Direktor Heinoold. Vielfach mußten Frauen die Armenfürsorge in Anspruch nehmen, um ihre Familie satt zu machen, trotzdem ihre Männer schwer arbeiteten.

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter kämpft hier ständig um Verbesserungen und Erfolge, und es wäre nur zu wünschen, daß sich die Mansfelder Bergleute restlos der Organisation anschließen würden, damit der Fortschritt sich noch schneller und erfolgreicher gestalten könnte.

Meine Ehe.

Ein Bild aus dem gegenwärtigen russischen Leben.

Von I. Lomakin. | Deutsch von Dr. Leo Kozella.

Ich ärgerte mich über meine Frau deswegen, weil das Essen angebrannt war und es scheint, daß ich sie „Gans“ oder auch „bumm“ nannte, aber ich erinnere mich nicht mehr. Unbedingt hat ein Mann, der für die Ernährung der Familie sorgt, das Recht, sich zeitweilig über die eigene Familie zu ärgern. Aber meine Frau wurde wütend. Sie behauptete, in der heutigen Zeit dürfe nichts Ähnliches vorkommen.

Das machte mich noch wütender. Was heißt das, in der heutigen Zeit? Eine Frau bleibt für immer ein niedrigeres Wesen. Ich weiß es selbst nicht, weshalb ich so sprach. Aber die Antwort fiel nicht nach meinem Geschmack aus.

„Na, warte!“ drohte sie. „Ich warte, ich warte, mein Täubchen,“ antwortete ich und begab mich zum Dienst.

Nach meiner Rückkehr ins Haus fand ich weder das Mittagessen noch die Frau. Man kann sich die raufende Wut eines hungernden, armen Schunders leicht vorstellen. Eine halbe Stunde lang trommelte ich mit den Fingern auf den leeren Tisch, bis ich schließlich eine Tasse zerbrach, die ich meiner Frau zum Geburtstag geschenkt hatte.

Endlich lehrte sie mit vom Frost geröteten Wangen zurück. „Weshalb beistest du dich so?“, fragte ich ironisch, „du könntest ruhig noch ein wenig spazieren gehen.“

„Ich werde abends noch ein wenig spazieren gehen.“

„Was?“ Die Untertasse teilte das Los der Tasse.

„Ich arbeite acht Stunden, und du...“

„Ich bitte, nicht so zu schreien,“ sagte sie. „Du bist nicht mehr mein Mann.“

Und mit völliger Ruhe händigte sie mir ein Papier aus, das unsere Scheidung bestätigte.

„Ich komme nur, um meinen Korb zu holen,“ sagte sie, „denn ich ziehe in das benachbarte Zimmer.“

Ich tat, was an meiner Stelle die Mehrzahl der Männer tun würde: Ich ging fort und betrank mich.

Dann begab ich mich in ihr Zimmer.

„Wann wird endlich das Mittagessen da sein?“

„Ich bitte, auf der Stelle mein Zimmer zu verlassen!“

Aber ich wollte nicht fort. Es schien mir, als spreche ich ruhig, wie ein Mann zu seiner Frau spricht, mit der er seit zehn Jahren in einem Zimmer wohnt. Indessen rief sie den

Portier, die Milch und den Hausdiener und ließ mich hinauswerfen, ja sogar verhaften.

Ich bin neugierig, wie ihr euch fühlen würdet, wenn euch die eigene Frau verhaften ließe.

Und was tat ich denn Böses? Ich zerriß ein ganz klein wenig die Brust meiner Frau und stieß den Milchbeamten, weil ich der Ansicht war, daß sich die Behörde in meine Familienangelegenheiten nicht einzumischen hat.

Ich saß zwei Wochen im Arrest. Während ich in der Zelle saß, dachte ich darüber nach, daß ich meine Frau dennoch liebe und ich ihr das sagen werde, wenn sie mich herauslassen.

Statt dessen aber sagte ich:

„Katja, laß es mit diesen Dummdinge genug sein. Du hast mich beleidigt, aber ich verzeihe dir. Du kannst wieder in mein Zimmer ziehen.“

„Ich sagte Ihnen schon tausendmal, daß Sie nicht mehr mein Mann sind!“ entgegnete sie.

„Wie denn? Zehn Jahre lebten wir zusammen und jetzt soll dies alles plötzlich zu Ende sein?“

„Ja!“

„Nun gut, s'her dich zum Teufel!“

In der Tiefe der Seele glaubte ich aber, daß sie mich noch liebe. Eines Abends hörte ich im Zimmer hinter der Wand die Stimme eines Mannes, der lachte und Loe trank.

„Was soll das heißen?“ dachte ich und klopfte an die Tür.

„Ich habe keine Zeit,“ entgegnete sie, „ich bin beschäftigt!“

Ich klopfte lauter. Wütend trat sie heraus.

„Ich bitte, diesen Herrn aus dem Zimmer zu entfernen!“

„Und ich bitte Sie, eine fremde Frau nicht zu belästigen, sofern Sie nicht ins Gefängnis wandern wollen!“

Die Tür schloß sich knirschend.

„Fremde Frau?“

Aber sie muß mich doch noch lieben. Ich kenne sie schon zehn Jahre, ich weiß, daß sie eigenförmig ist.

Am nächsten Morgen beschloß ich, es mit Freundlichkeit zu versuchen. Die Frauen lieben das. Ich sagte also:

„Katharina Piotrowna, gestatten Sie, mit Ihnen einige Abende gemeinsam zu verleben? Es ist so einsam allein. Vielleicht könnten wir gemeinsam leben?“

Vor zehn Jahren hatten ihr solche Worte gefallen. Jetzt nicht. Sie gähnte:

„Dieses Leben von Verjen ist schon eine altmodische Geschichte. Aber, wenn Sie sich anständig benehmen werden...“

Leibhaftig gern hätte ich sie verprügelt, aber statt dessen ging ich abends zu ihr und delamantierte ihr, wie ein Idiot, Verse vor.

Aber auch das fand keine Anerkennung:

„So'n Quatsch! Liebe sieht in Wirklichkeit ganz anders aus. Gehen Sie lieber schlafen!“

Natürlich, wenn dieser Fretin Simlow kommt und ihr vom Vorteil der Konsumvereine erzählt, lächelt sie süß und spricht:

„Ach, wie interessant das ist. Kommen Sie recht bald wieder.“

„Katja,“ sagte ich ihr schließlich, „so geht es nicht weiter.“

„Weshalb? Jetzt beginnt es ja gerade, interessant zu werden.“

„Ich bin so einsam, Katja,“ begann ich. Und ich weiß nicht, wie es kam, aber ich gelangte zu demselben Resultat, das ich vor zehn Jahren in die Frage kleidete:

„Möchtest du nicht mit mir den dornigen Lebensweg teilen?“

Sie wurde ernst. Denn eine Ehe ist trotz allem eine ernste Angelegenheit.

„Gut!“ sagte sie, „ich bin einverstanden. Aber ich fordere von dir als Frau dieselbe Freundlichkeit, die du mir als der Fremden bewiehest.“

Und, beim Teufel, ich behandle sie wie eine Fremde. Ich klopfte an die Tür, wenn sie Gäste hat, und beginne, mich daran zu gewöhnen, daß eine Frau vom alten Typ heute absurd ist.

16 Woche vom 14. bis 20. April 1929
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Geist der Revolution.

Dem Andenken Gustav Landauers.

Unerbittlich schreitet die Zeit ihren ebernen Weg. Das republikanische Deutschland, das aus dem ungeheuren Zusammenbruch des Weltkrieges neu erstand, blickt nunmehr schon auf eine zehn-jährige Geschichte zurück. Zehn Jahre schon wälzen sich die Erdhügel über den Leibern jener Kämpfer, die in den wirren Tagen der Revolutionszeit der Werdung einer neuen Weltordnung über der feigen Hinterlist fanatisierter Vertreter einer untergehenden Gesellschaftsordnung zum Opfer fielen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht des Proletariats, das Andenken dieser Kämpfer zu ehren, die zwar in Verkennung der gesamtpolitischen Lage die revolutionären Möglichkeiten überschätzten, aber doch, getrieben von dem reinen Willen, der großen Sache des Proletariats zu dienen, die revolutionäre Bewegung weiter zu tragen beabsichtigten und dann im Kampfe den Opfertod fanden. Zu ihnen, deren Andenken als das der Helden der sozialen Revolution fortleben wird, gehört auch Gustav Landauer, der am 2. Mai 1919 auf eine geradezu entsetzliche Weise in München ermordet wurde.

Seine Arbeiterpartei kann Landauer direkt als den ihrigen bezeichnen, sein anarchischer Geist war der Organisierung der Idee im tiefsten Grunde seines Verzens abhold. Aber gerade deshalb gehört Landauer dem Arbeiter schließlich, denn mit ihm hat er gelebt und gekämpft und für ihn ging er in den Tod. Landauer gehörte nie zu denen, die das Proletariat anbeteten oder vergötterten. Im Gegenteil war er mit einem besonderen Blick begabt, die Fehler und Schwächen der Arbeiterpartei und ihrer Bewegung zu erkennen, und es war ihm eine geistige Pflicht, immer darauf hinzuweisen. Zwei Worte Landauers lassen uns die Art seiner Kritik erkennen: „Und doch ist es wahrer als die Behauptung, daß der Proletariat der gewollte Revolutionär sei, jene andere, die hier gesagt wird, daß der Proletariat der geborene Philister ist.“ Und das zweite: „Seine Schicht der Bevölkerung wüßte, wenn es zur Revolution käme, weniger, was zu tun ist, als unsere Industrieproletarier.“ Inwiefern diese kritischen Worte berechtigt waren, hat die Vergangenheit gezeigt. Wir sollten aus unseren Erfahrungen lernen, daß wir diejenigen, die uns, wenn auch in schärferer Form, kritisieren, höher einschätzen haben, als diejenigen, die uns schmeicheln. Um so klarer werden wir unsere Kräfte und Fähigkeiten erkennen und wissen, wo der Hebel zur Aenderung und Besserung anzusetzen ist.

Gustav Landauer war mit glühender Liebe für den Sozialismus entbrannt. Seine Auffassung vom Sozialismus war allerdings eine andere als die des Marxismus, dem er sogar in scharfer Opposition gegenüberstand. Landauers wichtigstes schriftstellerisches Werk, sein „Aufstieg zum Sozialismus“, ist eine der großartigsten Kritiken des Marxismus überhaupt, eine Kritik, die

nicht negativ, sondern im höchsten Grade positiv ist, gleich fruchtbar für den Freund wie für den Gegner der Marx'schen Lehre. Landauer haßt aus ganzer Seele den Glauben an die Naturnotwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus. Er ist der Auffassung, daß der Sozialismus nicht kommt, wenn wir ihn nicht wollen. Sozialismus ist für Landauer „das Bestreben, mit Hilfe eines Ideals eine neue Wirklichkeit zu schaffen.“ Aus dieser Einstellung ergibt sich die Verneinung der materialistischen Gesellschaftsauffassung. Landauers Sozialismus ist nicht eine Sache der Zukunft, sondern eine Angelegenheit der Gegenwart, eine persönliche Gewissensentscheidung für jeden einzelnen Menschen. Sozialismus ist für ihn, wie in der neueren sozialistischen Forschung in anderem Zusammenhang, einmal formuliert wurde, „eine ethische Forderung an uns selbst und eine Gerechtigkeitsforderung an die Gesellschaft.“ Hier treffen die Ideen Landauers mit denen der sozialistischen Jugendbewegung zusammen, die in den ersten Nachkriegsjahren in Wort und Tat die Forderung nach sozialistischem Menschtum erhob. Die Eingabe und die Freudigkeit, mit der Landauer seiner Sache diente und in logischer Folgerichtigkeit sein Opfertod am Ende resultieren im Grunde aus seiner ethischen Haltung.

Die Gerechtigkeitsforderung an die Gesellschaft, die Landauer erhebt, gleicht nicht lediglich Forderung. Zudem er die kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpft, hat er bereits ein bestimmtes neues Weltbild vor Augen. Dieses Weltbild enthielt sich in den zwölf Artikeln des „Sozialistischen Bundes“ und in seinem Buche „Beginnen“. Landauers Kritik am Kapitalismus knüpft an die reformatorischen Ideen des französischen Utopisten Fourier an. Er sieht die Hauptursachen der Schäden der gegenwärtigen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung im Privateigentum an Grund und Boden, in der Beschaffenheit des Geldes und im Mehrwert. Die Proletarisierung der Massen ist nach Landauer eine Folgeerscheinung des Privateigentums an Grund und Boden und der dadurch bedingten Abhängigkeit der Massen von den Nutznießern des Eigentums. In der Beschaffenheit des Geldes, das in seiner Eigenschaft als Zahlungsmittel im Warenzirkulationsprozeß nicht entwertet, sieht Landauer eine weitere wichtige Ursache unserer wirtschaftlichen Verflawung. Ihm sind „die Rentabilität des Eigentums und die Rentabilität des Kapitals nur eine lächerliche Form für das, was in Wahrheit Raub an der Produktivität der Arbeit ist.“

Man mag vom Standpunkt des praktischen Wirtschaftens und Sozialpolitikers der geistig-ethischen Grundhaltung Landauers fleißig gegenüberstellen, seine wirtschaftlichen Theorien zum Teil gar für falsch halten. Nicht darauf kommt es an, ob wer recht oder unrecht hat. Wichtig ist, daß das dialektische Spiel der Ideen die Gestaltung der Wirklichkeit beeinflusst. Landauer sagt an einer Stelle: „Nicht das Ideal wird zur Wirklichkeit, sondern durch das Ideal wird in unserer Zeit unsere Wirklichkeit.“

Landauers schriftstellerische Tätigkeit hat ein meltes Wirkungsfeld umspannt. Im Rahmen einer kurzen Betrachtung kann nicht alles seiner Bedeutung gemäß gewürdigt werden. Lediglich genannt sei hier die schöne zweibändige Sammlung der „Briefe aus der französischen Revolution“. Tausendfach tiefer als es durch ein trodenes wissenschaftliches Gesichtsziel möglich ist, spüren wir hier den Rhythmus dieser gewaltigen revolutionären Bewegung unserer Jahrtausende. Nur kurz genannt sei auch noch das schmale Bändchen „Die Revolution“, eine geistvolle Analyse der wichtigsten gewaltigen Erhebungen der Menschheitsgeschichte.

Die Arbeiterpartei hat auf Grund ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse andere Wege eingeschlagen, als sie Gustav Landauer beschritt, und deshalb kann er der Arbeiterpartei in dieser Hinsicht nur mittelbar geistiger Führer sein. Auf einem anderen Wege aber dürfen wir Landauer unbedenklich folgen, nämlich da, wo er als Vermittler geistigen Gutes anderer großer Denker und Dichter auftritt. Eines der schönsten Werke, das Landauer uns hinterlassen hat, sind die Vorträge über William Shakespeares, den größten Dramatiker aller Zeiten, der leider bei uns noch so wenig bekannt ist. Für uns gibt es keinen besseren Führer in das Lebenswerk des großen Engländers als das Shakespeares-Buch Landauers. Hier erschließt sich uns die ganze Wunderwelt einer Dichtung, deren Bedeutung uns erst dann klar wird, wenn wir wissen, wie sehr die deutsche klassische Dichtung, insbesondere Lessing und Goethe, von Shakespeare beeinflusst wurde. Von ähnlicher Bedeutung ist auch das Werk Landauers „Der werdende Mensch“, gesammelte Aufsätze, die uns das geistige Werden ihres Schöpfers vor Augen führen. Mit seinem Verständnis führt uns dies Buch in das Werk manchen Dichters ein, das dem einfachen Menschen ewig verschlossen bleiben würde. Landauers Aufsätze über Hölderlin, Walt Whitman, Tolstoi und Strindberg ist im deutschen Schrifttum nicht leicht Gleichwertiges zur Seite zu stellen.

Als schönes Vermächtnis Landauer'schen Geistes sind nun auch in einer stattlichen zweibändigen Ausgabe seine Briefe erschienen. Martin Huber, der bekannte jüdische Philosoph, ein treuer Freund Landauers, gab diesen „Lebensgang in Briefen“ heraus. Wo könnten wir uns in das, was Landauer erstrebt hat, besser einfühlen, als in den Briefen an seine Freunde und Kampfgefährten. Und das ist das Wichtigste, daß wir seinem Geiste nahekommen. Mag das Wert vergrößert sein, der Geist der Landauer und mit ihm die anderen großen Taten der Revolution bezeugt hat, darf in der Arbeiterklasse nicht verstanden; der Geist der völligen Eingabe an die Sache des leidenschaftlichen Kampfes für die Verwirklichung der Idee. Und solange dieser Geist der Revolution in der Arbeiterklasse wachbleibt, wird auch der Name Gustav Landauer leben, und die tapfere und edle Gestalt dieses Kämpfers wird immer ihre Nachfolgerer finden.

Der neue Reichshaushalt.

Endlich Hilfe für die Knappschaft.

Nach langen Verhandlungen kam im Reichstag eine Einigung über den Reichshaushalt zustande. In den Verhandlungen waren Sozialdemokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Demokraten beteiligt, also alle Parteien, die für die sogenannte große Koalition in Frage kommen. Diese Koalition selbst scheiterte noch einmal an der Uebersehbarkeit einzelner Punkte. Man wollte von der sozialdemokratischen Fraktion die Zusicherung, daß sie für die zweite Rate des Rangesprengers A-Klasse oder sich wenigstens der Stimme enthalte. Das lehnte die sozialdemokratische Fraktion ab, zumal diese bürgerliche Forderung durch einen Brief des Zentrumsführers Raas in eine ultimative Form gekleidet war, die die Schlichte sehr verschärfte. Die Sozialdemokraten lehnten ab, ihre Haltung zu ändern, die Bürgerlichen wogten nicht, deshalb die nützlich erzielte Einigung über den Reichshaushalt zu beschlagen und eine neue Regierungskrise zu veranlassen. Alle beteiligten Parteien verpflichteten sich, für diese Finanzvereinbarung einzutreten und in bezug auf den Etat keine neuen Mehrforderungen zu stellen. Eine koalitionsmäßige Verbindung der Parteien an eine ungebildete Regierung lehnten die Bürgerlichen ab. Die Arbeit für den Etat ist einwilligen die einzige Bindung für die Regierungsparteien. Vom Zentrum treten drei Minister in die Regierung ein, darunter Stegerwald als Verkehrsminister.

Wichtig auch für die Gewerkschaften ist die Vereinbarung über den Etat und die damit verbundenen

Abwehr der Angriffe auf die Sozialfürsorge.

Der Reichshaushalt rechnet mit Einnahmen und Ausgaben für 1929 in Höhe von fast 10 Milliarden Mark. Davon entfallen zwei Drittel auf Massensteuern, Zölle usw., ein Drittel auf Einkommensteuern. Schon daraus ist ersichtlich, wie wichtig auch für jeden Arbeiterhaushalt die Befreiung der Reichseinkommen ist.

Weil der Bürgerhaushalt so famos gewirtschaftet hatte, fand der neue sozialdemokratische Minister eine Lage vor, die 661 Millionen Mark Defizit für 1929 brachte. Nach einigen Abstrichen blieben es noch 590 Millionen Mark. Den Ländern und Gemeinden sollten 120 Millionen Mark von dem ihnen zu überweisenden Betrag von über 3 Milliarden abgezogen werden, 30 Millionen mehr erwartete man aus bestehenden Steuern. Der Rest von rund 380 Millionen sollte aufgebracht werden durch Erhöhung

der Biersteuer	165 Millionen
beim Branntweinmonopol	90 "
der Erbschaftsteuer	20 "
der Vermögenssteuer	104 "

Gegen diesen Plan wurde von den Bürgerlichen Sturm gelaufen. Brauer und Bayern wollten keine Biersteuer, Volkspartei usw. keine Einkommensteuern. Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bau- und Grundbesitzervereine machten Vorschläge, wie man "Parasiten" löse. Die Deutsche Volkspartei verlangte einen Etat völlig ohne neue Steuern. Zweihundert Millionen sollten die Länder und Gemeinden sparen,

200 Millionen wollte sie an sozialer Fürsorge „einparen“!

Der Hansabund gab eine dicke Denkschrift heraus, er wollte glatt 500 Millionen sparen können. Davon sollte nur ein witzig Teilchen auf den Wehretat, hunderte Millionen auf soziale Ausgaben entfallen, 286 Millionen allein auf das Arbeitsministerium! Lange drohte das Gespenst der Erhöhung der Umsatzsteuer. Damit hätte das Defizit zum großen Teil beseitigt werden können. Erfahrungsgemäß aber wird im Preis die Umsatzsteuer vielfach erhoben, so daß eine Erhöhung die Konsumenten weit mehr belastet als der Steuererhöhung entspricht. Die Arbeitervertreter mühten deshalb diese Erhöhung abzuwehren. Dann mußten sie sich energisch gegen die Streichungsvorschläge wenden, die sich auf soziale Ausgaben bezogen.

Allein bei der Invalidenversicherung wollte der Hansabund 172 Millionen sparen bei einer Durchschnittszinssrente von 29 Mark!

Auch den Reichszuschuß für Wochenhilfe, 32 Millionen Mark, wollten diese zum Teil demokratischen Herren streichen! Die Deutsche Volkspartei wollte einen Abbau der Arbeitslosenversicherung! Für Streichungen am Wehretat bestand weniger Neigung bei den Bürgerlichen. Da fast 500 Millionen in diesem Etat zwangsläufig auf Grund von Gesetzen (Wesolungen usw.) sind, konnte man nur an den restlichen 200 Millionen Mark freieren. Gestrichen wurden 32 Millionen, so daß der Etat 61 Millionen Mark niedriger ist als 1928.

Bei den sozialen Ausgaben gelang es, die verlangten Abstriche zum größten Teil abzuwehren.

Von 40 Millionen Mark Zolleinnahmen, die der Invalidenversicherung zufließen, wollte die Deutsche Volkspartei 20 Millionen von 1929 auf 1936 verschieben. Auch diese Streichungsabsicht wurde vereitelt.

Auf den vorgeschlagenen Abbau der Arbeitslosenversicherung mußte die Volkspartei in den Verhandlungen ebenfalls verzichten.

Die Notwendigkeit von Verbesserungen in der Invalidenversicherung kann nicht bestritten werden. Weil dafür keine Mittel zur Verfügung stehen, kam der Vorschlag, das Aufkommen aus der Verzinsung dafür zu verwenden. Nach diesem Gesetz soll das Aufkommen aus der Lohnsteuer, soweit es 1900 Millionen im Jahre übersteigt, zur Senkung der Lohnsteuer verwendet werden. Man schätzte diesen Ueberschuß für 1929 auf 100 bis 125 Millionen. Davon sollen nach den Vereinbarungen 25 bis 50 Millionen für die Invalidenversicherung und

50 bis 75 Millionen für die Knappschaft

verwendet werden, um Beitragserhöhung oder Leistungssenkung zu verhindern.

Man mußte dieser Vereinbarung zustimmen, weil sonst Mittel für die Sanierung der Knappschaft und für Verbesserung der Invalidenversicherung überhaupt nicht zur Verfügung standen. Die Zustimmung wurde erleichtert durch die Tatsache, daß 100 oder 125 Millionen Mark Lohnsteuerentlastung für den einzelnen Arbeiter nur sehr wenig ausmachen, ihre Verwendung für Knappschaft und Invalidenversicherung kommt aber den Bedürftigsten zugute.

Die Streichung an den 40 Millionen, die der Invalidenversicherung aus Zöllen zufließen, konnten die Bürgerlichen nicht durchsetzen, ebensowenig die Streichung von 32 Millionen für die Wochenhilfe oder 120 Millionen bei der Krisenfürsorge.

Die Biersteuer mit 165 Millionen Mark fiel, ferner die Erhöhung der Erbschaftsteuer mit 20 Millionen, die Erhöhung der Vermögenssteuer wurde von 104 auf 40 Millionen herabgesetzt. Die Steuerergünstigungen für die Besoldungen konnten nicht abgewehrt werden. Dafür mußten die Bürgerlichen auf die verlangte allgemeine Senkung der Einkommensteuer verzichten.

Dann wurde der Ansturm auf die öffentlichen Betriebe abgeklungen.

Aus dieser Bestreuerung wollten Volkspartei und Hansabund mindestens 200 Millionen Mark herausholen! Das hätte natürlich Verluste für die Gemeinden, höhere Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise bedeutet!

Besprochen wurde auch ein Abbau der hohen Pensionen. Von der Kapitalabfindung für Kriegsschädigte, die nur zum Bau und Erwerb von Wohnungen verwendet werden kann, sollen 25 Millionen von 88 für 1929 gestrichen werden.

Bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge steht aus dem Vorjahr ein Rest von 40 Millionen zur Verfügung. Der Etat forderte neu 55 Millionen an, so daß 95 Millionen zur Verfügung gestanden hätten. Von diesen 95 Millionen sollen 20 gestrichen werden. Gegen die Vorjahre bedeutet das fast keine Senkung. Von dem Bau einer Autostraße Hamburg-Nachdem erhofft man einen weiteren Ausgleich.

Die letzte Novelle zur Krisenunterstützung, die den Kreis der zugelassenen Berufe erweiterte und den Landesarbeitsämtern das Recht gibt, weitere Berufe einzubeziehen, war befristet bis zum 1. Mai. Sie soll in dieser Form bis zum 1. Juli verlängert werden. Eine weitere generelle Ausdehnung, auch auf die Bergleute, wie wir und wie Ruhrstädte es in ihrer Eingabe verlangt haben, kommt also für die nächsten Monate nicht in Frage.

Für die Technische Nothilfe wurden vom Reichsrat 850 000 Mark, durch die Vereinbarungen mehrere 400 000 Mark gestrichen, es bleibt 1 Million statt 2,5 Millionen.

Von den Streichungen entfallen u. a. auf

Reichswahr und Marine	ca. 32,0 Millionen
Innenministerium	1,15 "
Außwärtiges Amt	3,1 "
Wesche Gebiete	4,0 "
Wirtschaftsministerium	3,8 "
Arbeitsministerium	21,6 "
Ernährungsministerium	5,5 "
Verkehrsministerium	50,8 "
Verforgung und Ruhegehälter	25,0 "
Reichsschuld	6,0 "
Finanzministerium	6,7 "
Finanzverwaltung	5,5 "
Kriegskosten	4,3 "

Es sind rund 170 Millionen gestrichen. Von der Tabaksteuer erwartet man 35 Millionen mehr, von Patentgebühren 1 Million, von der Reichspost 35 Millionen. Die Vermögenssteuer soll 40 Mill. mehr bringen, das Spiritusmonopol 60 Millionen.

Die Vereinbarungen sind nicht gänzlich vom Arbeiterstandpunkt aus, aber sie bedeuten doch im ganzen die Abwehr der Angriffe auf die soziale Fürsorge und für den Bergbau endlich die berechnete, lang geforderte Hilfe für die Knappschaft!

„Reform“ des Reichsknappschaftsgesetzes durch die Bergbauunternehmer.

Nachdem das Kesseltreiben gegen die Knappschaftsversicherung in den letzten Monaten eine Form angenommen hatte, die kaum zu überbieten war, mußte man annehmen, daß demnächst die Bergbauunternehmer zum letzten Schloß gegen die verhasste Versicherung ausholen würden. Presseartikel, Broschüren und Versammlungsreden lösten sich einander im ganzen Reichsgebiet ab, um schließlich das Ergebnis zu zeitigen, daß die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium machte, in der verlangt wird, das Reichsknappschaftsgesetz im Sinne der Bergbauunternehmer zu reformieren.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Bergbauunternehmer mit einem eigenen „Reform“programm für die Knappschaftsversicherung auftraten. Bereits das erste Reichsknappschaftsgesetz von 23. Juni 1923 war ihnen ein Dorn im Auge, das unbedingt geändert werden mußte, „wenn die Bergbauindustrie nicht zur Grunde gehen sollte“. Betrachten wir uns die Forderungen, die die Bergbauunternehmer 1925 zur „Reform“ des Reichsknappschaftsgesetzes gebracht haben und die jetzigen Forderungen, so ergibt sich, daß die alten Forderungen bestehen geblieben sind, nur hat man sie jetzt etwas freier, damit sie weniger brüsk wirken als vor letzte Mal. Die hauptsächlichsten Forderungen, die die Bergbauunternehmer stellen, sind in der

Pensionsversicherung:

1. Erhöhung der Altersgrenze für den Bezug der Alterspension;
2. Minderung der bisherigen Pensionsklassenleistungen.

In der

Krankenversicherung:

1. Erhöhung der Karenztage, die vor dem Bezuge des Krankengeldes liegen, von drei auf fünf Tage;
2. Fortfall der Zahlung des Krankengeldes für Sonn- und Feiertage;
3. Bemessung des Krankengeldes nach einem Grundlohn, der im Höchstfalle 8 M. nicht übersteigen darf;
4. Erhöhung des Anteils der Arzneikosten und Heilmittel, den die Versicherten zu tragen haben, von 10 auf 30 Prozent.

Die Kameraden brauchen keineswegs zu erschrecken, wenn sie von diesem „Reform“programm Kenntnis nehmen. Wenn nämlich diesmal die Unternehmer der gleiche „Erfolg“ beschreiben wird, wie bei der ersten Minderung des Reichsknappschaftsgesetzes, so wäre er ihnen zu wünschen. Das Ergebnis ihrer ersten „Reform“bestrebungen war nämlich, daß die Leistungen der Knappschaftsversicherung insgesamt nicht ermäßigt, sondern erhöht wurden. Das kann man am besten aus den Jahresberichten der Reichsknappschaft für die Jahre 1925 und 1927 feststellen. Unter diesen Umständen können wir die Unternehmer zu neuen gleichen „Erfolgen“ nur beglückwünschen!

Arztwahl bei der Ruhrknappschaft.

Kurberechtigte Knappschaftsmitglieder können sich in der Zeit vom 15. bis 25. April 1929 von dem nach der Wohnung zuständigen Knappschaftsarzt zu einem anderen Knappschaftsarzt ummelden. Der andere Knappschaftsarzt darf aber nicht über 4 Km. von dem Versicherten entfernt wohnen. Zuständig für die Entgegennahme der Ummeldung sind:

1. die Ärzte; bei allen aktiven Mitgliedern und Knappschaftsinvaliden; die im Bergbau beschäftigt sind und der Knappschaftsversicherung angehören;

2. die Ärzte; bei den Knappschaftsinvaliden, die keiner Krankenkasse angehören.

Eine Ummeldung ist nur gültig, wenn das Mitglied sie durch Namensunterschrift bestätigt.

Frühere Ummeldungen:

Die Mitglieder, die sich auf der Beche, auf der sie gegenwärtig beschäftigt sind, seit Oktober 1927 schon zweimal nacheinander von demselben Knappschaftsarzt abgemeldet und zu demselben Knappschaftsarzt zugemeldet haben, brauchen sich im April 1929 nicht noch einmal umzumelden, wenn sie bei dem gewählten Arzt verbleiben wollen; bei ihnen bleibt die frühere Wahl gültig, solange sie nicht widerrufen wird.

Mitglieder dagegen, die sich erst ein mal zu einem anderen Knappschaftsarzt umgemeldet haben, müssen sich nochmals ummelden, wenn sie den gewählten Arzt beibehalten wollen.

Ummeldungen, die früher auf einer anderen Beche vorgenommen sind, haben für die jetzige Arbeitsstelle keine Gültigkeit. Wer sich also auf seiner jetzigen Arbeitsstelle noch nicht zweimal nacheinander umgemeldet hat, muß sich, wenn er bei dem gewählten Arzt verbleiben will, nochmals ummelden, auch dann, wenn die erforderliche zweimalige Ummeldung auf der vorhergehenden Arbeitsstelle stattgefunden hat.

Ist der Knappschaftsarzt, von dem sich das Mitglied abgemeldet hat, aus irgendeinem Grunde nicht mehr der nach der Wohnung des Mitgliedes zuständige Knappschaftsarzt, so ist die frühere Ummeldung überhaupt ungültig.

Familienangehörige.

Eine Ummeldung gilt auch für die zur Familienhilfe berechtigten Angehörigen. Die Angehörigen erhalten also den Arzt, der den Versicherten behandelt. Wer aber bis jetzt für seine Familie einen als Familienarzt zugelassenen Nichtknappschaftsarzt gehabt hat, behält diesen Arzt als Familienarzt solange bei, als er die Wahl nicht ausdrücklich auf der Beche widerruft.

Wird die Wahl des als Familienarzt zugelassenen Nichtknappschaftsarztes widerrufen, so wird die Familie dem Knappschaftsarzt zugeteilt, der für den Versicherten selbst nach Wohnung oder Wahl zuständig ist.

Neu-Ummeldungen zu Familienärzten (Nichtknappschaftsarzten) sind nicht mehr zugelassen.

Ergebnisse der Betriebsrätewahl.

Bezirk Süddeutschland.

Bei der Betriebsrätewahl im Bezirk Süddeutschland wurden insgesamt 8861 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die freien Gewerkschaften 7110, die christlichen Gewerkschaften 1264 und die Gelben 101 Stimmen. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Freie Gewerkschaften 188 (davon unter Verband 124), christliche Gewerkschaften 21 und die Gelben 1 Mandat.

Bezirk Waldburg.

Aus dem Bezirk Waldburg liegt das Endergebnis vor. Danach haben die freien Gewerkschaften insgesamt 129 Betriebsvertretungsmitglieder erhalten. Unserem Verband gehören 111 Vertreter an. Der christliche Gewerbeverein erhielt 20 Betriebsvertretungsmitglieder, während auf den Christ-Deutsches Gewerbeverein 8 Vertreter entfielen.

Bezirk Halle.

Bis jetzt liegt das Ergebnis von 85 Betrieben vor, 11 Betriebe stehen noch aus. In den 85 Betrieben waren 29 732 Belegschaftsmitglieder und 28 309 Wahlberechtigte. An der Wahl beteiligt haben sich 23 018. An Stimmen haben erhalten: Freie Gewerkschaften 24 448, christliche Gewerkschaften 180, S.-D. Gewerkschaften 108, Syndikalisten 168, Gelbe 1157, Sonstige 40. Mandate haben erhalten: freie Gewerkschaften 507 (davon unter Verband 393), christliche Gewerkschaften 4, S.-D. Gewerbeverein 3, Syndikalisten 1, Gelbe 18.

Besonders beachtenswert ist, daß die KPD. keine einzige Stimme zu Lande brachte, trotz des Aufgebots von Abgeordneten und Parteifunktionären, die sich wochenlang für die KPD.-Parolen bemühten. Die KPD. hat im Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands hoffnungslos abgewirtschaftet. Selbst auf die raffiniertesten Lügen fallen die Kumpels nicht mehr herein.

Die KPD. hat, soweit bis jetzt ersichtlich ist, lediglich im Ruhrbergbau einen kleinen Teilerfolg zu verzeichnen. Aber auch dieser „Erfolg“ steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Kraftaufwand der KPD. Soviel Gift und Dreck, wie bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen von der KPD. geschleudert worden ist, wurde noch nie in die Arbeiterkraft geworfen. Die diesjährige Hundsgemeinheit der KPD. steht unübertrieben da. Und das Ergebnis: ein Fiasko! Der gesunde Menschenverstand hat gesiegt! Zudem sind Unorganisierte auf die Dauer nicht an eine Partei zu fetten. Auch die Koalition von KPDisten und Unorganisierten in einzelnen Ruhrbetrieben wird früher oder später der Vergangenheit angehören.

Bezirk Borna-Grüma.

Die getreuen Werksgemeinschaften unter Führung des großen „Genies“ Barz (Halle) beschworen vor der Betriebsrätewahl den Untergang der freien Gewerkschaften. Der Ueberläufer muß doch keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen im hiesigen Kohlenrevier haben, sonst hätte er nicht solch banales Zeug vor der Wahl verzapfen können. Das diesjährige Wahlergebnis wird ihm wohl, wenn er nicht ganz vernarrt ist, eines besseren belehren. Von etwa 7800 Belegschaftsmitgliedern waren rund 7500 Wahlberechtigte. Es erhielten die freien Gewerkschaften 6688, die „Klassenbewußten“ (Unorganisierte) 168 und die neuen Welteneroberer 520 Stimmen. An Mandaten erhielten die freien Gewerkschaften 98, die „Klassenbewußten“ 1 und die „Getreuen“ 5.

Die Phrasen des Herrn Barz scheinen auf Grund dieses Wahlergebnisses doch sehr wenig Anklang gefunden zu haben. Eine feiner geistigen Blüten sei doch erwähnt, weil sie bezeugen, von welcher Einbildungskraft diese Menschen besetzt sind. In einer Bergarbeiterversammlung, die während des Wahlkampfes stattfand, erklärte er: „Mag man uns auch Gelbe nennen, aber wir sind der Weisen, den der Landmann in der Scheune sammelt, und ihr seid der rote Lohn, der fortgeworfen wird!“ Solch geistlose Weise legt Herr Barz seinen Hörgen vor! Zu der entlegenen Sandgebirge würde so etwas nicht mehr ziehen, wieviel weniger in einem Industriegebiet. Auch all die schönen Flugblätter, die verteilt wurden, haben ihren Zweck verfehlt, die Braunkohlenarbeiter sind nicht darauf hereingefallen. In einem Mitteilungsblattchen, das nur für die Vertrauten der Werksgemeinschaften bestimmt ist, wurde dumm-dreist und frech gelogen und Tatsachen entstellt. Diese „Macher“, die im verflochtenen Winter ihre Unternehmung im Stiche ließen und zum überwiegend größten Teile krank feierten, werden trotz alledem im Bezirk Borna keinen Weizen ernten. Hoffentlich wird der angeblich gottgefällige Herr Barz bis zur nächsten Wahl nicht ganz von Gott und seinen jetzigen Getreuen verlassen sein.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Die Gewerkschaften beantragen eine Mark Lohnhöhung pro Schicht. Unternehmer fordern 8 1/2 stündige Arbeitszeit oder 5 Prozent Lohnabbau.

Am 13. April fanden in Essen die ersten Parteienverhandlungen über den Neuabschluss eines Lohntarifs für den Ruhrbergbau statt. Bei Eintritt in die Verhandlungen erhoben die Arbeitervertreter folgende Forderung:

1. 1 Mark Lohnhöhung für alle Arbeitergruppen.
2. Aufrücken in die Klasse der Vollhauer mit dem 20. Lebensjahr und verhältnismäßig früheres Aufrücken der jüngeren Arbeitergruppen bis herab zum Jugendlichen.

Die Zechenbesitzer erwiderten hierauf, daß ihre Absicht darauf gerichtet wäre, die Lohnverhandlungen zu vertagen und mit den Verhandlungen über Neuabschluss des von ihnen gekündigten Manteltarifs bzw. Mehrarbeitsabkommens zugleich vorzunehmen. Gleichzeitig gaben sie ihre Forderung bezüglich Neuordnung der Arbeitszeit bekannt, die dahin lautete, die Vorkriegsarbeitszeit für unter Tage wiederherzustellen. Das wäre also

Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tage.

Die Verlegung der Lohnverhandlungen und ihre Erledigung gemeinsam mit der Arbeitszeitverhandlung wäre deshalb notwendig, weil über eine neue Lohnregelung ja nicht verhandelt werden könne, bevor sie wüßten, mit welcher Arbeitszeit sie zukünftig zu rechnen hätten.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie den Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht als ernst gemeint betrachten, und daß sie der Auffassung seien, daß die verlangte Lohnhöhung unabhängig von einem eventuellen Ausgange der Verhandlungen über die Arbeitszeit gewährt werden könnte. Als Veränderung in der bestehenden Arbeitszeit aber käme für die Arbeiter nur eine Verkürzung in Frage.

Die Zechenbesitzer erwiderten darauf, daß für den Fall, daß die Lohnfrage vor der Arbeitszeitfrage zum Abschluß gebracht werden sollte, sie eine

Lohnkürzung um 5 Prozent

beantragen. Bei Erfüllung ihrer Forderung auf Arbeitszeitverlängerung jedoch würden sie auf Lohnabbau verzichten.

Beide Parteien suchten dann ihre Forderungen gegenseitig zu begründen, wobei die Arbeitervertreter offensichtlich im Vorteil waren. Dem von uns in der letzten Nummer der „Bergbau-Industrie“ veröffentlichten Zahlenmaterial über die Rentabilität des Ruhrbergbaues wußten die Zechenbesitzer nichts Stichhaltiges entgegenzusetzen. Sie verloren sich in allgemein gehaltenen Ausführungen und ließen durchblicken, daß, wenn der Ruhrbergbau auch jetzt rentabel sei, aber auch berücksichtigt werden müsse, daß derselbe noch für die vergangenen Jahre viel gutzumachen hätte.

Unsere Vertreter wiesen darauf hin, daß an den Bergarbeitern verhältnismäßig mehr weitzumachen sei und ein berechtigter Einwand deshalb gegen die Lohnforderungen gar nicht gemacht werden könnte.

Da eine Einigung unter solchen Umständen nicht zu erzielen war, wurden die Verhandlungen vertagt auf Montag, den 22. April. Sollte auch dann keine Übereinstimmung zu erzielen sein, dann sollen anschließend Schlichterverhandlungen beginnen.

Ruhrbergarbeiter, schließt euch zusammen und stärkt eure Organisation, damit deren Forderungen erfüllt und die Absichten der Zechenbesitzer zerstritten werden können!

Unsere Werbepremien

Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Lehrjahre; Kampffmeyer: Vor dem Sozialistengefetz; Kampffmeyer: Unter dem Sozialistengefetz; Traven: Das Totenschiff;

Prezang: Zum Lande der Gerechten werden geboten das erste Buch für 9, je ein folgendes für weitere 8, 7, 6 und 5 Neuaufnahmen.

Die Aufnahmen (Eintrittsgeld und ein Wochenbeitrag) sind durch die Ortsverwaltungen oder Bezirksleitungen dem Vorstand zuzuleiten, der die Prämien übersendet.

nach zweijähriger 4, nach dreijähriger 5 und nach vierjähriger und längerer Beschäftigung 6 Arbeitstage, wobei jedoch die Beschäftigungszeit im Alter von weniger als 17 Jahren nicht zählt. Als Stichtag bei der Prüfung der Voraussetzungen für die Urlaubsberechnung und für die Dauer des Urlaubs gilt der 1. Juli.

3. Für die Dauer der Urlaubsschichten erhält der Schichtlöhner ebenso wie der Gedingearbeiter den Lohn (einschließlich Frauen- und Kindergeld und etwaiger Zulagen) bezahlt, den er je Schicht verdient haben würde, wenn er auf dem Werke bei gleicher Beschäftigung weiter gearbeitet hätte.

(Anmerkung: Als Arbeitstage gelten nur diejenigen Wochentage, an denen auch auf den Gruben gearbeitet wird. Tage von Feiertagen gelten daher in der Regel nicht als Arbeitstage, während dagegen andere Tage, an denen die betreffenden Gruben, zum Beispiel wegen Störung der Seilfahrt, Grubenbrand usw., fernern nicht als Arbeitstage anzusehen sind. Für Tage von Feiertagen können jedoch Ausnahmen gemacht werden, und zwar für solche Arbeiter, die auch an Tagen von Feiertagen gearbeitet hätten, oder deren Unwesenheit nach Beendigung des Erholungsurlaubs erwünscht erscheint.)

4. Die allgemeine Regelung über die Urlaubsverteilung unter der Belegschaft erfolgt im Einverständnis mit dem Arbeitervorstand. Der Eintritt des Urlaubs im einzelnen erfolgt nach den Bestimmungen des Ingenieur-Divisionarats. Bei der Urlaubsverteilung ist auf die Betriebsverhältnisse Rücksicht zu nehmen.

5. Unentschuldigter sowie unberechtigter Arbeitsverweigerung wird von der Urlaubszeit, und zwar ohne Entgelt, in Abzug gebracht. In Streitfällen entscheidet der Ingenieur-Prinzipal. § 5 und § 51 der Arbeitsordnung sowie die Vereinbarung über die Schaffung von Tarifausstufen finden sinngemäß Anwendung.

6. Während des Urlaubs darf keine andere Lohnarbeit ausgeführt werden. Bei Zulassungen wird für den Urlaub ein Lohn nicht gezahlt. In Wiederholungsfällen ist außerdem das Recht auf Urlaub für das nächste Urlaubsjahr verwirkt.

7. Wird der Urlaub nicht genommen, so wird eine Entschädigung nicht gezahlt.

(Anmerkung: Um jedoch kranken oder untauglichsten Bergarbeitern entgegenzukommen, sind die ihnen im Laufe des Urlaubsjahres (1. Juli bis 30. Juni) zustehenden Urlaubstage auf besonderen Antrag, der bei dem zuständigen Ingenieur oder Chef de Service zu stellen ist, zu vergüten. Die Vergütung erfolgt in der Weise, daß für jeden dem betreffenden Arbeiter zustehenden Urlaubstag der Unterschied zwischen dem schuldigen Krankengeld oder der Vergütung aus der Unfallversicherung nebst Familienzulagen, welche ihm für die Zeit, als er seinen Urlaub hätte nehmen sollen, gezahlt worden sind und dem Urlaubslohn, wie er gemäß § 5 Punkt 3 dieses Vertrages zu gewähren ist, gezahlt wird.)

8. Den mit Kündigung gemäß § 52 der Arbeitsordnung auscheidenden Bergarbeitern, sofern sie bei ihrem Ausscheiden den ihnen für das laufende Urlaubsjahr zustehenden Erholungsurlaub noch nicht gehabt haben, wird ein Erholungsurlaub während der Kündigungsfrist nach den nachstehenden Bestimmungen gewährt:

a) Erfolgt das Ausscheiden in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember eines Urlaubsjahres, so wird nur die Hälfte (auf volle Tage nach oben abgerundet) des für das ganze Urlaubsjahr dem ausscheidenden Arbeiter zustehenden Urlaubs bewilligt.

b) Erfolgt dagegen das Ausscheiden in der Zeit vom 1. Jan. bis 30. Juni eines Urlaubsjahres, so erhält der ausscheidende Arbeiter den vollen, ihm für das betreffende Urlaubsjahr zustehenden Erholungsurlaub.

(Anmerkung: Die Bestimmung Punkt 8 findet eine entsprechende Anwendung, wenn ein Arbeiter während der Kündigungsfrist krank ist. In diesem Falle ist ebenfalls nur der Unterschied zwischen Lohn und Krankengeld für die oben unter a) und b) angegebenen Zeiten zu vergüten.)

9. Den durch Pensionierung aus der Werkarbeit ausscheidenden Bergarbeitern sowie den Angehörigen der tödlich verunglückten oder verstorbenen aktiven Belegschaftsmitgliedern werden die Urlaubstage unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen unter 8a und 8b vergütet, soweit diese Arbeiter ihren Urlaub noch nicht genommen hatten. Feierte der ausscheidende Arbeiter vor seinem Ausscheiden auf Grund eines großen Krankheitsanfalls, so wird für jeden Urlaubstag nur der Unterschied zwischen dem schuldigen Krankengeld oder der Vergütung aus der Unfallversicherung nebst Familienzulagen und dem Urlaubslohn, wie er nach Punkt 3 zu gewähren ist, gezahlt.

(Schluß in nächster Nummer.)

Aus dem Saargebiet.

Am 8. Oktober 1921 wurde zwischen der Generaldirektion der Saargruben und den Bergarbeiterorganisationen ein Manteltarifvertrag abgeschlossen. Im Laufe der Jahre mußte dieser Tarifvertrag durch mehrere Dienstvereinbarungen ergänzt und ausgedehnt werden. Die Tariforganisationen stellten den Antrag, ohne Kündigung des Vertrages eine neue Fassung vorzunehmen, welche die notwendige Uebersicht bietet. Diesem Antrage stimmte die Generaldirektion der Saargruben zu.

Die Tariforganisationen reichten zu dem bisherigen Vertrage eine Anzahl Verbesserungsanträge ein, welche, soweit dieselben die Erhöhung des Urlaubs, Mehrbezahlung der Sonntags- und Ueberarbeit usw. betrafen, keine Gegenliebe fanden.

Der neue Manteltarifvertrag hat die bisherigen Dienstvereinbarungen tariflich geregelt und eine Anzahl kleinerer von den Organisationen beantragten Verbesserungen gebracht. Als Verbesserungen seien erwähnt:

§ 3. Klärung der Arbeitszeit nach §§ 16 und 17 der Arbeitsordnung, besonders der Arbeiter unter Tage.

§ 4. Festlegung der Zuschläge an Sonn- und Feiertagen.

§ 5. Die Arbeitsunterbrechung, welche bisher nach sechs Tagen eintrat, wird auf drei Wochen erhöht. Urlaub erhalten neben den durch Kündigung entlassenen auch die in Pension gehenden Arbeiter.

Die Angehörigen der tödlich verunglückten oder verstorbenen Bergarbeiter erhalten die Urlaubsvergütung.

§ 6. Die Arbeiter, welche von einer höheren in eine geringer bezahlte Lohngruppe versetzt werden, erhalten, wenn ihnen die Verlegung nicht 14 Tage vorher bekannt gegeben wird, den Lohn für zwölf Schichten der höheren Lohngruppe.

Die nach Altersklassen oder Lehrzeit Entlassenen rücken in die höhere Lohnklasse, wenn das Alter oder die Dienstzeit vom 1. bis 15. des Monats zurückgelegt ist, ab 1. des folgenden Monats. Wird die Zeit vom 16. bis Schluß des Monats zurückgelegt, ab 1. des folgenden Monats.

Erfolgt die Annahme eines Arbeiters unter Tage in einem höheren Lebensalter als 16 Jahre, so wird die Lehrzeit entsprechend den Bestimmungen der §§ 9 und 10 der Arbeitsordnung gekürzt. (Bisher 3 Jahre Bestimmung.)

Arbeiter, welche von über Tage nach unter Tage verlegt werden, dürfen unter Anrechnung der Dienstzeit keinen geringeren Lohn als über Tage erhalten.

§ 7. Tariflich geregelt ist die Beschaffung der wasserdichten Kleider für Hebertagearbeiter.

§ 8. Die Rückvergütung der Deputatstahlen erhält eine tarifliche Regelung. Die Arbeitszeit unter Tage, welche bisher beim Kohlenbezug nicht angerechnet wurde, zählt in Zukunft vom Tage der Anfahrt auch mit 14 Jahren.

§ 9. Die Vereinbarung über die Tarifausstufen sind ein Bestandteil des Manteltarifvertrages.

Der ab 1. Mai gültige Manteltarifvertrag hat nach vorstehenden Verbesserungen folgenden Wortlaut:

Tarifvertrag

für die Steinkohlenbergwerke der Administration des Mines Domaniales Francaises de la Sarre vom 1. Mai 1929.

Zwischen der Administration des Mines Domaniales Francaises de la Sarre, vertreten durch deren Generaldirektor einerseits und dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Bezirk Saar), dem Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands (Bezirk Saar), dem Deutschen Metallarbeiterverband (Bezirk Saar) und dem christlichen Metallarbeiterverband (Bez. Saar) andererseits, ist heute folgender Manteltarifvertrag abgeschlossen:

§ 1. Einführungsbestimmungen.

Die vertragsschließenden Organisationen werden als berechnende Vertreter der Arbeiterchaft anerkannt.

Die Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen haben einen Rechtsanspruch auf die Erfüllung dieses Vertrages.

§ 2. Geltungsbereich.

1. Der vorliegende Vertrag hat Geltung für alle durch die Administration des Mines Domaniales Francaises ausgebeuteten Kohlengruben nebst den zugehörigen Nebenanlagen, soweit sie im Saargebiet, wie es durch Artikel 48 des Friedensvertrages von Versailles festgelegt ist, gelegen sind.

2. Unter die Bestimmungen dieses Vertrages fallen ebenfalls die mit eigentlichen bergmännischen Arbeiten beschäftigten Unternehmerarbeiter, d. h. diejenigen Unternehmerarbeiter, die unter Tage oder beim Schachtbau beschäftigt sind. Für die von Unternehmern nicht mit eigentlichen bergmännischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter gelten die etwa für ihre Berufsorganisationen bestehenden Tarifverträge oder besondere Abmachungen. Laufende Verträge werden von dieser Bestimmung nicht berührt. Ausgenommen sind jedoch die in Wirtschaftsbetrieben (Wohlfahrts-, Schlafhäuser, Kaffeehäuser und ähnlichen Einrichtungen) Beschäftigten und das Wächter- und Portierpersonal.

§ 3. Arbeitszeit.

1. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit regelt sich nach den Bestimmungen der §§ 16 und 17 der Arbeitsordnung.

Bei der durch Stellen einflussreichen unterirdischen Belegschaft finden die Bestimmungen über die Arbeitszeit der mittels Förderkorb einflussenden Belegschaft sinngemäß Anwendung, d. h. die 7 1/2 stündige Arbeitszeit rechnet vom Betreten des Stollens bis zum Verlassen desselben. Für die Arbeiter unter Tage darf die Wochepause während der Schicht eine halbe Stunde nicht übersteigen. Die Zeit für die Pause richtet sich nach den Betriebsverhältnissen.

2. Für die Arbeiter über Tage ist in der im § 17 der Arbeitsordnung festgesetzten Arbeitszeit eine viertelstündige Pause einbezogen, sofern der Betrieb nicht bereits unterirdischen Arbeiter über Tage, deren Arbeit mit der Förderung zusammenhängt, bestrahlt 7 1/2 Stunden. Für die übrigen Arbeiter über Tage beträgt die tägliche Arbeitszeit grundsätzlich 8 Stunden unter der Voraussetzung jedoch, daß die Möglichkeit besteht, jedem Arbeiter während der fünften Stunde seiner Schicht eine viertelstündige Pause zu gewähren, und zwar so, daß die Arbeiter abwechselnd während der fünften Stunde ihre Pause halten. Die Festlegung der Pause erfolgt im Einverständnis zwischen dem Ingenieur-Divisionar und dem Arbeitervorstand der betreffenden Abteilung. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Ingenieur-Prinzipal.

3. Für die jugendlichen Arbeiter gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

§ 4. Ueberstunden, Nebenschichten, Sonn- und Feiertagsarbeiten.

1. Werden aus betrieblichen Gründen oder aus Gründen des Allgemeinwohls Ueberstunden oder Nebenschichten erforderlich, so sind die für die Ausführung der betreffenden Arbeiten in Frage kommenden Arbeiter möglichst gleichmäßig zu berücksichtigen.

2. Die an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen verfahrenen Arbeitsschichten sind wie folgt zu bezahlen:

Die normale Schichtdauer an Sonn- und Feiertagen beträgt 6 Stunden. Für jede an Sonn- und Feiertagen verfahrenen Arbeitsschicht wird der für die Werttage gültige Stundenlohn, zuzüglich eines Zuschlages von 33 1/2 Prozent, gezahlt. Unter Stundenlohn wird der Lohn für die Schicht geteilt durch 8 (acht) verstanden.

Abweichend hiervon wird für jede am ersten Oster-, Pfingst- oder Weihnachtsfeiertage verfahrenen Arbeitsschicht der für die Werttage gültige Stundenlohn, zuzüglich eines Zuschlages von 100 Prozent, gezahlt.

§ 5. Erholungsurlaub.

1. Das Urlaubsjahr rechnet jeweils vom 1. Juli bis 30. Juni des folgenden Jahres.

2. Die Höchstdauer des Erholungsurlaubs beträgt jährlich sechs Arbeitstage. Voraussetzung ist eine einjährige ununterbrochene Beschäftigung auf einem der im § 2 genannten Werke. Ist die Beschäftigung durch eine Abwesenheit von der Arbeit von mehr als drei Wochen unterbrochen, so leben nach einer neuen ununterbrochenen Arbeitszeit von drei Monaten die vor der Arbeitsunterbrechung erworbenen Rechte auf Urlaub entsprechend der dann im ganzen auf den im § 2 genannten Werken zurückgelegten Dienstzeit wieder auf.

Der Urlaub wird allen mindestens 16 Jahre alten Arbeitern gewährt und beträgt nach einjähriger Beschäftigung 3 Arbeitstage,

Unternehmer fordern Kampfmaßnahmen.

Der rheinische Großindustrielle Dr. Paul Silberberg hat sich bei der Tagung der Vereinigung Kölner Arbeitgeberverbände über die Probleme der Wirtschaft geäußert. Silberberg glaubt, vier Krisen, und zwar eine solche der Reichsfinanzwirtschaft, des Schlichtungswesens, des Handelsvertragswesens und der Kapitalbildung, feststellen zu müssen. Die Finanznöte des Reiches seien verursacht durch die Aufspaltung der Verwaltungsbureaucratie, woran die Weimarer Verfassung die größte Schuld trage. Durch die neuezeitige Sozialpolitik habe der Staat den Charakter eines Versorgungsstaates angenommen. Deutschland habe einen zu starken Inlandskonsum, der zugunsten einer verstärkten Ausfuhr eingeschränkt werden müsse. Wenn es über die deutsche Sozialpolitik zu starken Kämpfen komme, so sei dies besser als faule Kompromisse. Bezüglich der Finanzpolitik bejauerte Silberberg Ermächtigung der direkten Steuern und Erhöhung der indirekten. Zum Schluß erklärte der Redner, daß die Fragen der künftigen Wirtschaftsführung nicht gegen die Arbeiterchaft, sondern Hand in Hand mit dieser gelöst werden müsse.

Es ist ein hartes Stück Inkonsequenz, dessen sich Silberberg schuldig gemacht hat. Er erklärt, daß Kompromisse besser seien als faule Kompromisse, was doch nur so zu verstehen ist, daß die Arbeiterchaft mittels dieser Kämpfe niedergedrungen werden soll. Auf der gleichen Höhe steht die Behauptung, daß der deutsche Inlandsverbrauch zu stark gestiegen sei. Die Gewerkschaften vertreten bekanntlich die gegenteilige Meinung, daß nämlich die geringe Lohnmehrfähigkeit des Inlandsmarktes ein gut Teil zu den Krisen und wirtschaftlichen Störungen beigetragen hat. Wenn Silberberg glaubt, diese Frage mit der Arbeiterchaft in diesem Sinne lösen zu können, dann ist er natürlich ganz gewaltig auf dem Holzwege. Da stehen auch wir den früh-fröhlichen Kampf einer Arbeitergemeinschaft nach dem Muster Silberbergs vor.

Unfere Toten

Bahnhalle Rudenau. Am 21. Februar verschied nach schwerem Leiden unser braver Kamerad Kurt Keumann im Alter von nur 26 Jahren...

Bahnhalle Mienstädt. Am 30. März verschied nach kurzer, aber schwerer Krankheit unser treues Mitglied Friedrich Sellmann...

Wolfram (S. Nr. 1402 181) und Altenessen. Wilhelm Schumann (S. Nr. 1400 465), Heinrich Schneider (S. Nr. 1217 428), beide Bahnhalle Essen-Bergerhausen...

Berni Ebbel (S. Nr. 1870 324), Franz Ohnesorg (S. Nr. 1487 008), Otto Schönwaldt (S. Nr. 1871 836), Kurt Tunger (S. Nr. 1870 106), Dietrich Eickhoff (S. Nr. 1488 544), Paul Wüller (S. Nr. 1480 075)...

Verbandsnachrichten

Wegen Verstößen gegen den bisherigen Beschluß und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verband ausgeschlossen: Otto Lufschmidt (S. Nr. 1401 060), Sub. Groß (S. Nr. 1217 210)...

BÜCHER

Grundriß der Berufsstände und Berufshygiene. Von Professor Dr. Benno Hajek, Berlin. Zweite Auflage, 1928. Preis gebunden 14 M. Für Gewerkschaften durch die Verlagsgesellschaft des DGB...

32 Jahre magenleidend

war Herr G. Z., aus Sarstedt i. Hann. — Er nahm regelmäßig den bekannten und heilbewährten Philippsburger Herbaria-Magenbittertee...

daungsschwäche, Magendrücken und vielen anderen Magenleiden. Herr G. Z., Sarstedt i. Hann., schreibt: ...leide seit meinem 21. Lebensjahr an Magenweiterung...

Kur: 6-12 Pakete. Preis pro Paket M. 3.- zuzügl. M. 0,20 Porto. Bestellungen (zweckmäßig wegen Portoausnutzung nicht unter 3 Paketen!) richte man an die Herstellerfirma...

Bestimmt aber in: Hocham: Alte Apotheke und Einhorn-Apotheke, Dortmund: Bugtor- und Hermann-Apotheke, Düsseldorf: Rathaus- und Hirsch-Apotheke, Duisburg: Apotheke W. Böhmor, Central-, Johanniter- und Löwen-Apotheke, Eibfeld: Reichsadler- und Schwanen-Apotheke, Essen: Adler-, Bahnhof-, West-, Einhorn-, Engel-, Hirsch- und Löwen-Apotheke...

Frankolieferung. erfolgt bei Bestellung von 20 Mk. an. Die größte Freude erleben auch im letzten Jahre alle diejenigen, welche ihre Pflanzen u. Knollen für Balkon-, Grab- u. Gartenschmuck von uns bezogen...

Bei Grippe, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Toga-Tabletten hervorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verhindern die Krankheitserscheinungen sofort...

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr. Gute Taschenuhr nur Mk. 2.00. Nr. 3 Deutsche Herren-Ank.-Uhr, 33 Stk. gen. reu. Werk, in vers. met. 2.60...

10 niedrige Rosen nur 3.75 Mk. In herrlichen Farben, von dunkelstem Rot bis zum zartesten Weiß, jetzt gepflanzt bis tief in den Herbst hinein blühend...

Die große Neuheit: Miele Staubsauger Modell 1929 mit patentiertem Jsoliergehäuse. gebaut nach den Servus-Patenten. Kein Erd- oder Körperschluß, da alle stromführenden Teile von dem Jsoliergehäuse eingeschlossen sind...

Reiche Erträge. erziehen Sie nur mit hervorragendem Saatgut! Holland's Erbsling, die früheste und feinste aller Sorten, 10 Pfd. 2.-, 1/2 Ztr. 11.-, 1 Ztr. 21.-...

BETTEN. Federdicht, echtrotgeat. Bettkoper, mit 17 Pfund zartweicher Federfüllung, 1 1/2 hoch, Oberbett, Unterbett, 2 Klassen zus. 24 34.50...

Hilfe. können Sie nur mit meiner vorzgl. Vertriebsorganisation leisten. Sie brauchen keinen Waffenscheln. Bedang. Sie mehr neues Prop. H. Suhr jr. Motorrad G. Z.

Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gut füllende Sorten. 1. 110 ganz geschlossene, 2. 110 weiche, 3. 110 weiche, 4. 110 weiche, 5. 110 weiche...

Bar 37 M an. Freilauf Tourenrad. 68 M. Tezzahlung. 10 M. Volksfürsorge. Niemals. Thüringer Pflaumenmus. Fabrik, Otto Ritter, Schönbühl i. Thür. 63 Jahre Thüringer Pflaumenmus...

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Vertrauliches, best-reelles christliches Haus! 1 Stück ganz geschlossene 2,00 Mk. 2. 1 Stück weiche geschlossene 1,50 Mk. 3. 1 Stück weiche geschlossene 1,20 Mk. 4. 1 Stück weiche geschlossene 1,00 Mk. 5. 1 Stück weiche geschlossene 0,80 Mk.

Musikinstrumente. Bespielte Briefe, Kabel mit 250 Abbildungen gratis. F. W. Glah-Register, Klingenthal-Ga. 36.

Thüringer Goldglöckchen. Die früheste gelbfleischige Deitater-Partoffel. Goldglöckchen ist nicht nur die früheste, sondern auch in Qualität und Aussehen die allerfeinste Speisepartoffel. Goldglöckchen übertraf in jeder Beziehung die Holländer Erbsling durch frühe Reife, Größe und höchste Erträge (150 Zentner pro Morgen feine Getreide)...

Einmal zu vergleichen sind die Veränderungen der sozialpolitischen Besetzung und die neuen wirtschaftlichen Forschungen sind dabei berücksichtigt. Vor allem aber sind die Ergebnisse der letzten Berufsbildung vom Jahre 1925 ausgiebig benützt, wobei man sich fast ausschließlich Material hier überhaupt zum erstenmal veröffentlicht. Auch in den sonstigen Statistiken und in dem überaus reichhaltigen Tabellenmaterial, das in dem Werte enthalten ist, sind die jüngsten Zahlenergebnisse berücksichtigt. Der Verfasser hat in dem Werte den Beweis erbracht, daß es möglich ist, ein schwieriges Fachgebiet streng wissenschaftlich so darzustellen, daß den strengen Anforderungen des Fachmanns Genüge geleistet wird, daß aber andererseits auch dem Nichtmediziner nichts unverständlich bleibt. Die Berufstätigkeit der Bergleute, die Betriebsgefahren, die Ursachen der Unfälle, die Berufskrankheiten der Bergleute, der Arbeiterdienst im Bergbau sind auf 14 Seiten möglichst kurz und klar dargestellt, erläutert durch eine Anzahl Tabellen. In ebensolcher Weise erfahren die allgemeine Berufsbildung, der Schutz der Berufstätigen, und in den Abschnitten über spezielle Berufsstände die Verhältnisse der Silber-, Metall-, Farben-, chemischen, Textil-, Holz-, Lederindustrie und vieler anderer Gewerbe eine Darstellung, die das Buch empfehlenswert macht für alle Gewerkschaftsleiter und Gewerkschaftsfunktionäre.

Die diesjährige Malteser-Zeitschrift des Dieck-Verlages enthält folgende beachtliche Beiträge: Otto Weis: „Das Fest der Festlosen“, Paul Kämpfmeier: „Der kämpfende, sozialistische Mensch und das Malteser“, Wilhelm Solmann: „Der Sozialismus als Geist und Hilfe der Zeit“, Marie Juchacz: „Die Mütter“, Arthur Gelpien: „Die kulturelle Mission des Sozialismus“. In der Ausstattung überwiegt die Zeitschrift durch eine geschmackvolle Anwendung moderner Photo-Montage. Zwanzig Seiten stark, zum billigen Preise von 25 Pf., wird sie auch diesmal gern gekauft werden. Bestellungen auf die Zeitschrift nimmt jede Buchhandlung entgegen.

„Der Kunst“, eine illustrierte Wochenzeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie. Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat eine illustrierte Wochenzeitschrift in großem Format herausgegeben, deren erste Nummer vorliegt. Die Zeitschrift ist in Kupferdruck auf gutem Papier hergestellt und bringt eine Fülle überraschender, eindrucksvoller Photographien aus der ganzen Welt. Neben an dieser Zeitung ist die künstlerische Komposition. Jede Seite ist eine gedankliche und ästhetische Einheit, die eine Idee darstellt. Die Titelseite erfüllt die mächtige Gestalt

eines mexikanischen Bauern; sie gehört zur Darstellung des Aufstiehs in Mexiko, der in Wort und Bild beschrieben ist. Die gezeichnete Zeitschrift umfaßt 16 Seiten und kostet 30 österreichische Groschen oder 20 Pfennig. Sie wird auch in Deutschland verbreitet und es ist ihr gutes Gelingen zu wünschen. Die erste Auflage ist in 144 000 Exemplaren gedruckt worden. Postamtvertrieblich in Deutschland 2,60 M. Zu bestellen bei der Verlagsanstalt: Wien V, Meidlinggasse 95-97. Der Betrag kann auch in Briefmarken eingekandt werden.

Jahresbericht des Leipziger Mehanits. Der Bericht über die Tätigkeit des Leipziger Mehanits im 12. Geschäftsjahr (1. Januar bis 31. Dezember 1928) ist, nachdem er in der Verwaltungsrats-Sitzung zur vergangenen Frühjahrssitzung genehmigt wurde, nunmehr im Druck erschienen. Als Einleitung bringt er einen Bericht über die deutsche Wirtschaft im Jahre 1928 und geht dann ausführlicher auf den Verlauf der Frühjahrssitzung und Herbstmesse im Berichtsjahre ein. Umfassend werden in gedrängter Kürze die wichtigsten Arbeitsgebiete des Mehanits behandelt.

Schluß des redaktionellen Teils.

PREMIENKENNER FINDEN DEN GEG KAUTABAK
im Geschmack würziger als jede andere Marke
Jeder Genossenschaftler priemt daher nur den billigen GEG-KAUTABAK AUS DEM KONSUMVEREIN

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Müller!
Reklamopreis nur 4 Mark
Unser Lager enthält 1. — 20. Stück um 1 Kapital gratis bei Einzahlung bis 1000 Mark und Belohnung durch Uhr zu 6,50 und mehr.

Handwagen
Karl Abel, Borsch-Geisa Thür.

Echte Kieler Matrosen-Kinder-Anzüge u. Mäntel
Seit 75 Jahren

Honig
feinste Qualität, gammt reiner Blüten-Säugblätter, hergestellt unter Kontrolle eines strengen Sachverständigen.

Ihr Geld rechnet länger,
wenn Sie gleich heute meinen großen Katalog bestellen!

10000 Danfledern über Bettfedern
beweisen uns, dass unsere Bettfedern die billigste, gute u. rasche Bettfeder sind.

HONIG Bettkrassen
Befreiung sofort. Ankauf umsonst. Alters-Gewicht nach Dr. med. Hausmann & Co., Volburg 53 (Bayern).

Käse
von Kühen und Ziegen Milch abgekauft. Beste Qualität.

Sonder-Beruf!
Sonder-Beruf! Sonder-Beruf!

Feinstes Tafel-Präparat
Sonder-Beruf! Sonder-Beruf!

Eine frohe Botschaft an alle Kranken!
Zur Vorbeugung gegen Krankheiten verschiedenster Art sind seit 30 Jahren bewährt und erprobt: Dr. Zinssers Kräuter-Tees.

Betten
garantiert feberdicht, gestrichelt, mit 1 1/2 bis 2 1/2 cm Oberbett, Unterbett, 1 Kissen m. 14 Pf. gr. Geb. gel. zul. 17, 38,50. Daselbst rot, 20 Pf. m. 16,50 bei gr. Geb. 37,63.

Bettfedern
grau, per Pfd. 9,05, weiß, 1,50, gr. Halbbaum 3,25, weiße 4,95, gr. Dunnen 8,50. Metallbetten und Matratzen billig. Preisliste gratis. Kaufende Danfled. Walter u. Antolog frei. Nischelhof. Ged. jurist. Bettfedern-Vertrieb Th. Kranefeld, Kassel 181. Bettfedern-Großhandel u. Versand. Gegründet 1895.

Dr. Zinsser & Co., g. m. b. H., Leipzig 100
— Gegründet 1898 —

Musik-Instrumente
Edmund Paulus, Martineustraße 628.

Gallenstein
befeitigt. Frau Solmeyer, Köln, Sommerstr. 78/8.

Käse billiger ab Fabrik
Käse billiger ab Fabrik. Käse billiger ab Fabrik.

Honig billiger!
10-Pfd.-Eimer, ganz natur, echt gelbb. Bienen-Bienen-Schlecker-Honig 31,82. — Porto extra. Preisliste gratis. Honigfabrik Nordmark, Pommern 20 (Schl.) (Telef. Nr. 100. 1000).

Sächsische Bettfedern-Fabrik
Fabrik Paul Hoyer, Dölitzsch 79. Prov. Sachsen, Angersstr. 4. Sonder-Übernur nur allerbeste, strengste Qualität. Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen.

Schnellere Wundheilung, schnellere Genesung durch Bestrahlung.
Große Ersparnisse für Krankenhäuser und Krankenkassen ergeben sich durch verstärkte Anwendung der Ultraviolet-Bestrahlungen mit der künstlichen Höhensonne — Original Hanau —, weil sie den Heilverlauf fast jeder Erkrankung durch Verstärkung oder Wiederbelebung der natürlichen Abwehrkräfte beschleunigen.
Man erzielt auch schnellere Heilung von Operations- und Verletzungswunden, weil durch die Bestrahlung die Wundflächen gereinigt und getrocknet werden; der Stoffwechsel wird durch die Bestrahlung kräftig angeregt und die Heilung wird durch die leicht dosierbare Bestrahlung ungemein beschleunigt. Alle eiternde Wunden die mit der Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ — Original Hanau — nachgewissen bestrahlt werden, zeigen sofort erhöhte Tendenz zur Heilung, und diese erfolgt mit geringer Narbenbildung.
Alle diese Erfahrungen berechtigen zu dem Wunsch und der Aufforderung, die ultravioletten Strahlen in viel größerem Umfange als bisher zur Behandlung von Wunden anzuwenden. Jede Operation, jeder Verbandwechsel sollte mit einer Bestrahlung mit der Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ abgeschlossen werden.
Bemerkenswerte Erfolge werden erzielt bei Stoffwechselstörungen, Herz und Gefäßkrankheiten, bei Darmkrankheiten und neurotischen Zuständen. Bei Alterserschwörungen, Schlaflosigkeit, bei skrofeln und tuberkulösen Erkrankungen und schwer heilenden Hautdefekten.
Man erzielt schnellere Kräftigung bei Erschöpfungszuständen nach Operationen, Geburten oder Fehlgeburten; beschleunigte Genesung bei Rekonvaleszenten durch allgemeine Kräftigung und schnellere Hebung des Allgemeinbefindens, durch Verstärkung des Schlafes und Steigerung des Appetits.
Nebenbei wird die Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ — Original Hanau — auch in kleinerer Ausführung und transportabel hergestellt, und das gibt dem Arzte Gelegenheit, sie auch im Heime des Kranken anzuwenden.
Das neue „kleine Modell“ müßte in jedem Stockwerk aller Krankenhäuser vorhanden sein und sollte von den Krankenkassen den Anstalten zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten machen sich durch Verkürzung der Behandlungsdauer glänzend bezahlt!
Verlangen Sie die kostenlosen Aufklärungsschriften der
Quarzlampe-Gesellschaft m. b. H. Hanau a. M. Postfach 1448

Wir liefern überallhin zu konkurrenzlos günstigem Preise Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen, Sprechapparat, Phonographen, Harmonikas, Zithern, Uhren, Photo-Appar.
5 Tage zur Probe
mit bedingungslos. Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen gegen bequeme Vorschüsse von nur 1.- an. Verlangen Sie sofort illust. Katalog A gratis und frei!
Walter H. Gartz, Postf. 628 A Berlin S 42, Alexandrinerstr. 87

Anerkannt beste billige böhmische Bettfedern!
Bogusquelle für
1 Pfund gute, gelbe, geschliffene Bettfedern 8 Pf. — bessere Qualität 1 Pf. — halbschwere, kaumige 1 Pf. 20. 1 Pf. 40. weiße, kaumige, geschliffene 1 Pf. 20. 2 Pf. 50. 3 Pf. 75. feinste, geschliffene Halbbaum-Bettfedern 4 Pf. 50. 5 Pf. 75. Graue Halbbaum-Bettfedern 10 Pf. 75. halbschwere 1 Pf. 75. weiße, geschliffene Halbbaum-Bettfedern 1 Pf. 75. weiße, geschliffene Halbbaum-Bettfedern 3 Pf. 50. 4 Pf. 50. — Versand jeder beliebigen Menge sofort gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franco. Unkosten gefälligst oder nach Zus. Nachr. und Preisliste kostenlos.
E. Benisch, Bettfedernexport in Prag XII (Böhmen).

200 Harzstäbe 3.95 Mt.
9 Pfd. rote Harzstäbe 4.45 Mt., 9 Pfd. Ia. Dän.-Gehärdet 7.95 Mt., ca. 100 Gabel-rosenpins 4.65 Mt. — Vom neuen Harz-Produkt. Preisliste gratis. Harz-Produkt, 10. Gabelrosen, 15 Pf. 10. Gabelrosen, 15 Pf. 10. Gabelrosen, 15 Pf. 10.

Neu! Rode Star
Rode Star ist eine Neuzüchtung, welche aus Holland stammt und sich in Deutschland durch ihre Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit gut bewährt hat. Rode Star bringt Erträge bis 160 Ztr. pro Morgen, ist kräftig und wegen ihres hervorragenden Geschmackes sehr beliebt. Die Knollen sind rotbelegig, tiefgelbbraun, reifend Mitte September.
Von den gelblichsteigenden Sorten hat Rode Star den Vorrang, dass sie den höchsten Stärkegehalt von 17-20% hat. Officiere handverlesenen Saatgut: 1 Zentner Mk. 11.—, 1/2 Zentner Mk. 6.—, 1/4 Zentner Mk. 4.50, 10 Pf. Mk. 2.—.
H. Steger, Gut Johanneshof bei Erfurt Nr. 18. Bismarckstr. Erfurt-Nord. Versand bei frostem Wetter.

Androsen
Liefere mir sehr billig mit Garant. tolles Androsen, alle fertig z. Selbstpflanzen, zerschneiden, in ausgesucht kräftigen, reichbewurzelten und verzweigten Büschen, die noch in diesem Jahre ununterbrochen produktiv blühen.

KÖLLNER BAUMSCHULEN
Köln bei Elmsborn in Holstein Nr. 58
Höchste Hochstammrosen, schönst. Sort., Mk. 2.—. Illust. Katalog „Der Hausgarten“ kostenlos.

Bewährte
Gemüsesämereien für jeden Boden, Blumen- und Pflanzen ganz besonders T. beziehen Sie dieses Jahr zweckmässig von den bewährten Züchtern
Pape & Bergmann G.M.B.H. Quedlinburg
Prachtkatalog Nr. 353 kostenlos.

5000 Photo-Apparate verschenken wir!
Ihre neuen beliebigen, erprobten 5000 Photo-Apparate verschenken wir! 5000 Photo-Apparate verschenken wir!

150 bester, präzis. Foto-Apparate
Ihre neuen beliebigen, erprobten 150 bester, präzis. Foto-Apparate verschenken wir!

5000 Photo-Apparate verschenken wir!
Ihre neuen beliebigen, erprobten 5000 Photo-Apparate verschenken wir!